

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausdrucker 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat, Durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Verlagskonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag G.m.b.H.“ Breslau.
Vertriebs-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 20. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile über deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Klettern: Die Millimeterzeile, 80 Millimeter über deren Raum im Text 8.— M.

Neue Unternehmeroffensive.

Ausperrung

in den Berliner Zeitungsbetrieben.

Berlin, 18. Oktober.

Heute morgen haben die Zeitungsbetriebe der Berliner bürgerlichen Presse das gesamte technische Personal ausgesperrt. Mit Ausnahme der „Deutschen Zeitung“ und des „Deutschen Tageblatts“ ist heute früh keine bürgerliche Tageszeitung mehr erschienen.

Die Berliner Zigarettenarbeiter sollen auf die Straße fliegen.

Berlin, 18. Oktober.

Der Reichsverband der Zigarettenindustriellen beabsichtigt, um einen Druck auf die Reichsregierung zur Revision von Zoll- und Finanzmaßnahmen durchzuführen, seine gesamte Arbeiterschaft, 7500 an der Zahl, auszusperrn. Bei diesen Manipulationen, die als Wesentliches den Zweck haben, der Zigarettenindustrie erhöhte Profite auf Kosten der breiten Konsumentenmassen in den Taschen zu werfen, soll der Gewerkschaftsführer Reichmann vom Tabakarbeiterverband mit den Zigarettenindustriellen Hand in Hand arbeiten.

Kommentar überflüssig.

Zur Ausperrung auf den höchsten Farbwerken.

300 Gemagregelle in Griesheim.

Nach einer bürgerlichen Meldung aus Frankfurt a. M. soll die Abstimmung der Belegschaft der höchsten Farbwerke eine Mehrheit für Wiederaufnahme der Arbeit ergeben haben. Die Arbeiter sollen ab 17. Oktober entsprechend der technischen Möglichkeiten wieder eingestellt werden. Demnach scheint es den Treibern der Gewerkschaftsbürokratie gelungen zu sein, auch den Widerstand dieser Belegschaft gegen das ungeheuerliche Unternehmerdiktat zu brechen.
Von 3000 Arbeitern der chemischen Industrie in Griesheim haben die Unternehmer nach der Unterwerfung der ausgesperrten 300 Arbeiter gemagregelt. Diese Nachricht, die uns von einem Genossen zugeht, zeigt besser als alles andere, warum die Unternehmer zur Ausperrung schritten. Nachdem nun mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie der Widerstand der Arbeiterschaft gebrochen worden ist, wird der Betrieb „gesäubert“.

Bevorstehende Generalausperrung in der Porzellanindustrie Deutschlands.

Wir meldeten kürzlich von dem Streit der Thüringer Porzellanarbeiter. Inzwischen hat sich der Streit über ganz Deutschland ausgebreitet. Bis jetzt stehen 140 Betriebe im Streit, das sind 50 Prozent der gesamten deutschen feinkeramischen Industrie. Außer in Thüringen wird unter anderem gestreikt in Spandau, Teltow, Magdeburg, Rheinsberg, Elmshorn und in Bayern. Daraufhin haben jetzt die Unternehmer in allen Betrieben, die noch in Gang sind, folgende Bekanntmachung anhängen lassen:

Auf Antrag des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Feinkeramischen Industrie ist die unterzeichnete Firma verpflichtet, ihren sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum Sonnabend, den 20. Oktober d. J. zu kündigen. Die Kündigung erfolgt als Abwehrmaßnahme zum Schutze der berechtigten Mitglieder unseres Verbandes.

Obwohl die Arbeitnehmer es abgelehnt haben, am 6. Oktober vor dem Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsinanz zu erscheinen, erklärt die unterzeichnete Firma, daß der Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie nach wie vor bereit ist, sich dem Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsinanz zur Verfügung zu stellen.
Dies bedeutet, daß sämtliche Porzellanarbeiter Deutschlands ausgesperrt werden sollen. Die Organisation hat sich schon mit den nötigen Schritten befaßt und ein Zirkular an alle Ortsgruppen erlassen des Inhalts, daß vorläufig die Betriebe trotz der Ausperrungsandrohung warten sollen, bis der Hauptvorstand zum Streit aufrufe.

Die Porzellan- und Steingutarbeiter gehören zu den schlecht entlohnerten Arbeiterschichten. Die Unternehmer zahlen Stundenlöhne für Männer von M. 3,80 bis M. 5,25, für Frauen von M. 2,50 bis M. 3,65, die Altersbezüge ist M. 5,92. Bei den zentralen Verhandlungen in Gießen haben

nun die Vertreter der Porzellanarbeiter eine Lohnerhöhung von 40 Prozent verlangt, was angesichts der steigenden Teuerung als eine sehr bescheidene Forderung bezeichnet werden muß. Die Unternehmer wollten aber nur 15 bis 20 Prozent zugestehen, so daß sich die Verhandlungen zerfaselten. Daraufhin wollten die Unternehmer die Lohnstreitigkeiten vor das Arbeitsministerium bringen, in der begründeten Annahme, daß einer der satfam bekannten, vom Reichsarbeitsministerium ernannten Schlichtungsausschüsse ihr selendes Angebot zum Spruch erheben werde.

Dieses Manöver lehnen die Porzellanarbeiter ab. Der Verband der Porzellanarbeiter ist entschlossen, auf seiner Forderung von mindestens 40 Prozent zu verharren und sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen.

Maßregelung von Betriebsräten im Meuselwitzer Leonhardt-Werk.

Die Kohlenbarone im Meuselwitzer Revier haben schon im Frühjahr den Kampf gegen die Arbeiterschaft begonnen. Gemeinsam mit den Unternehmern vom Erzbergbau versuchten sie Lohnabbau, Uberschichtenzwang und Personaleinschränkung durchzuführen. Die Braunkohlenproduktion ist um 30 Prozent zurückgegangen und trotzdem haben sich die Profite des Unternehmertums fortgesetzt gesteigert. „Wenig produzieren, viel verdienen“ ist die Parole der Zechenherren.

Die Meuselwitzer Bergarbeiter waren vor einiger Zeit zu einem Abwehrstreik gezwungen worden. Durch die Klassenjustiz wurden nun nachträglich Mitglieder des Betriebsrats gerichtlich verurteilt. Den Grund dafür erwähnte mit zynischer Offenheit der Staatsanwalt, indem er sagte: „Es muß Vorsorge getroffen werden, daß sich solche Vorfälle nicht mehr ereignen die Arbeitgeber müssen geschützt werden.“

Die Angeklagten haben gegen das Urteil Berufung eingelegt; sie sind auch aus der Haft entlassen worden. Man hat wohl die Haltlosigkeit des Urteils selbst eingesehen.

Die Direktion des Leonhardtwerks benutzt die Gelegenheit, um die Arbeiter in unerhörter Weise zu provozieren.

Sie hat am 14. Oktober die verurteilten Betriebsratsmitglieder Thieme, Vorsitzender des gesamten Betriebsrats, Frenzel, Willi Krause und den Obmann der Grube Bismard, Schlag striflos entlassen.

Als Grund hat sie das Gerichts Urteil gegen die Betroffenen angegeben. Die gesamte Belegschaft befindet sich in ungeheurer Erregung über diesen brutalen Gewaltstreik, der nichts anderes ist als das Signal zu einer neuen Unternehmeroffensive im Bergbau. Die Belegschaft wollte diesen Gewaltakt sofort mit geschlossener Arbeitsniederlegung beantwortet, was jedoch von dem Vertreter des Bergarbeiterverbandes — allerdings unter größter Mühe — verhindert wurde. Die Direktion hat die von den Vertretern des Bergarbeiterverbandes und dem Arbeiterrat angebotenen Verhandlungen abgelehnt und verharrt auf ihrem Herrenstandpunkt. Eine Betriebsratsvollkonferenz im Meuselwitzer Revier wird dazu Stellung nehmen. Das Grubenproletariat muß sich darüber im Klaren sein, daß es diesen Unternehmertumstreich nicht auf sich beruhen lassen darf, daß es alle Mittel anwenden muß, um den brutalen Vorstoß der Leonhardt-Direktion abzuwehren.

Der Bergarbeiterverband mußte angesichts der Ungeheuerlichkeit der Maßregelung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln von der Direktion sofort die bedingungslose Wiedereinstellung der Entlassenen, eine entsprechende Entschädigung und volle Garantien für die Rechte der Betriebsräte fordern.

Streik in der Fischindustrie.

Seit dem 1. Oktober befinden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischbranche in Hamburg-Altona, Elmshorn, Lübeck-Schlutow, Ederneförde und Kiel im Streit. Nach dem Muster der Weiskeneer Fischunternehmer, die die Forderung auf Herstellung geregelter menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben damit beantworteten, daß sie beabsichtigen, man wolle „Reisitz in die Fischindustrie tragen“, erklären die Arbeitgeber der Wasserlande, daß der Streit fruchtlos sei von der Arbeiterschaft lediglich „zur Durchführung eines Prinzipes“ geführt werde.

In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes, als die Unternehmung der Fischindustrie zur Anerkennung eines Tarifvertrages zu zwingen. Bis jetzt haben sie sich nämlich nicht gewillt, eine tarifliche Regelung in ihren Betrieben anzuerkennen. In der Fischindustrie sind die Beschäftigten zu 90 Prozent Frauen und werden auf das Schändlichste ausgebeutet. In der Saison ist die Arbeitszeit einjährig unbegrenzt und selbst dann reicht der verdiente Lohn zur Befreiung der Lebensunterhaltskosten nicht aus. Die Streikleitung richtet an die Belegschaft die Bitte, sie in ihrem Kampf in jeder Weise zu unterstützen. Für die unter unerhöht schlechten Bedingungen arbeitende binnennländische Arbeiterschaft der Fischindustrie muß das Beispiel ihrer Kollegen ein Ansporn sein, sich ebenfalls zu organisieren und sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Oberschlesien und das deutsche Kapital.

Zu Beginn der Börse waren große Kurssteigerungen zu verzeichnen. Oberschlesische Werte waren größtenteils behauptet, teilweise sogar höher, nur Laurahütte hatte eine stärkere Kursrückbildung zu verzeichnen.

(Börsenbericht des „Berliner Tageblattes“ vom 13. Oktober abends.)

„Hier und da hörte man die Ansicht, daß das Eindringen von auswärtigem Kapital in die an Polen abzutretenden ober-schlesischen Werte mit gewissen Valutavorteilen verbunden sein könnte.“

(Börsenbericht der „Bosnischen Zeitung“ vom 13. Oktober abends.)

Wer als Laie diese Zeilen liest, wird fragen. Wie denn? Sind die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen nicht voll von Klageklagen über das unsagbare Unheil, das nun nach Genf über Deutschland und die übrige Welt hereinbrechen wird? Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von einer „Rethode des Wahnsinns“, und in allen Zeitungen werden die ungeheuren wirtschaftlichen Folgen der Zerreißung Oberschlesiens erörtert.

Genau! Das deutsche Gesamtkapital hat in Genf einen schweren Schlag erlitten. Deutschland hat die politische Herrschaft über Milliardenwerte an unausgebeuteten Schätzen, Betriebsanlagen und lebendiger Arbeitskraft eingebüßt.

Solange aus Genf Einzelheiten der Bestimmungen des Völkerbundes nicht bekannt sind, können keine genauen Angaben gemacht werden; aber so viel ist sicher, daß ein großer Teil der reichsten Gebiete abgetrennt ist. Es handelt sich hierbei vor allem um die Steinkohle, Eisen, Zinn und Blei.

Ueber Steinkohle sagt die Statistik folgendes:

Kreis	Zahl der in Betrieb stehenden Gruben	Förderung in Tonnen 1920
Beuthen (Stadt und Land)	13	6 322 105
Kattowitz (Stadt und Land)	19	9 433 807
Königschütte (Stadt)	1	2 108 877
Zarnowitz	2	1 195 402
Sindenburg	10	5 953 087
Loß-Gleiwitz (einschl. Stadt Gleiwitz)	2	164 044
Bleß	10	2 128 591
Rhbnit	9	4 420 950
Ratibor	1	24 005
	67	31 750 868

Davon sollen abgetrennt werden: ein Teil des Kreises Beuthen-Land, Kattowitz (Stadt und Land), Königschütte (Stadt), die östlichen Teile des Kreises Zarnowitz und die gesamten Kreise Bleß und Rhbnit.

Ein Viertel der Steinkohlenförderung ganz Deutschlands kam 1913 auf Oberschlesien: es waren damals etwa 43 Millionen Tonnen. An Eisenerzen wurden 1913 nur 2 Prozent in Oberschlesien gefördert. Viel gewaltiger aber ist der Verlust an Zinn und Blei. Ueber 78 Prozent, nämlich 168 000 Tonnen, kamen aus Oberschlesien; 60 Prozent aller Zinkhütten lagen dort. Von der deutschen Schwefelsäurefabrikation machte die ober-schlesische Erzeugung etwa 10 Prozent aus. Für Blei war die ober-schlesische Belegungsstärke fast 48 Prozent, nämlich 53 000 Tonnen. 21 Prozent aller deutschen Bleihütten liegen in Oberschlesien. Die Produktion ging während des Krieges stark zurück. Vor allem unter Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft gelang es, sie in den letzten Monaten wieder zu heben, so daß sie im Laufe dieses Jahres nur noch wenige Prozent unter der Friedensproduktion steht.

Ein beträchtlicher Teil, etwa zwei Drittel, dieser Werte werden durch den Spruch von Genf der politischen Herrschaft des deutschen Kapitals entzogen. Ebenso auch die ungeheuren ungehobenen Schätze in den Kreisen Bleß und Rhbnit; nach den neuesten Forschungen enthalten bei einer Tiefe von 1500 Metern an Steinkohle:

Kreis Bleß	44,02 Milliarden Tonnen,
Kreis Rhbnit	26,80

Wir müssen uns auf das entschiedenste weigern, den ober-schlesischen Gewaltakt als Recht anzuerkennen. Eine solche Lösung der ober-schlesischen Frage kann auch unzulässig zur Stärkung des Weltfriedens und der Völkerverständigung beitragen“, erklärten die bürgerlichen Parteien des Landtages einschließlich der SPD. Soviel ist klar, daß durch den Genfer Spruch das deutsche Gesamtkapital eine schwere Wunde erhalten hat.

Die deutsche Bourgeoisie schlägt Alarm. Nicht nur, daß sie schreit, Deutschland ginge zugrunde. Nicht nur, daß sie vorredet, der Kohlenbedarf Deutschlands könne nach dem Verlust Oberschlesiens nicht mehr gedeckt werden. Vor Tische freilich läßt man's anders. Da freute sie sich vor allem über das Feuerwachen des ober-schlesischen Apportes an Kohle und an Erzen nach Danzig, nach Polen, nach Böhmen, nach Deutsch-Oesterreich und nach dem Baltik. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. Oktober wird gerade hierüber ausführlich berichtet. Und wer, so ruft die deutsche Bourgeoisie, soll nun die neuen Schätze der Kreise Bleß und Rhbnit heben?

Polen hat kein Kapital: nur das Kapital Deutschlands vermag das. Sie appelliert an die Kapitalisten aller Länder, indem sie meint, die hätten ein Interesse daran, das deutsche Kapital das vollbringe. Schließlich wiederholt sie mit aller aufzubringenden Kraft, daß nunmehr die Erfüllung des Wiesbadener Abkommens und anderer Reparationspflichten in Frage gestellt sei. „Die Vollstreckung der Erfüllung hat Bankrott gemacht!“ ruft die rechtsprechende Presse.

Nun, es werden einige Wochen vergehen, und die gesamte deutsche Bourgeoisie wird sich mit der Tatsache von Genf abgefunden haben. Man wird entdecken, daß Wiesbaden und Genf in einer Linie liegen. Wiesbaden und Genf sind gleichmächtige Siege des französischen Kapitals. Denn das ist klar, daß nicht polnisches, sondern französisches Kapital vor allem die obereschleischen Produktivkräfte in Gang halten und, wie es hofft, erweitern wird. Polen hat nicht allzu viel gewonnen. Das internationale Kapital, insbesondere das französische, hat es erreicht, daß das abzutretende Gebiet unter der Herrschaft weder Deutschlands noch Polens sein wird. Man hofft, so Obereschleien unmittelbar auszubenten. Vor allem das französische Kapital rechnet mit großen Gewinnen.

Und England? Warum protestiert es nicht? Von den sentimentalen Ergüssen der deutschen bürgerlichen Presse, die sich an England und Amerika richten, soll hier nicht die Rede sein, sondern von den wirtschaftspolitischen Interessen dieser Staaten. Sieht denn aber, wird man fragen, England nicht, daß Frankreich wie durch Wiesbaden so auch durch Genf einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen ist zum Imperium über Zentraleuropa? Möglich, daß im Zusammenhang mit der Washingtoner Konferenz England ein engeres Zusammengehen Frankreichs mit Amerika fürchtet und daher dem französischen Kapital Zugeständnisse macht. Sicher, daß durch die Lage im nahen und im fernen Orient Englands politische Stellung heute Frankreich gegenüber geschwächt ist. Sicher aber auch, daß das englische Kapital nunmehr hofft, die deutsche Konkurrenz in Obereschleien los zu sein, vielleicht sogar sich unmittelbar an der dortigen Ausbeutung zu beteiligen. Man las ja schon vor Monaten von der Beteiligung englischen Kapitals an obereschleischen Werken. Die Konkurrenz der obereschleischen Steinohle war im Frieden bereits gegenüber der englischen Cardiff-Stohle eine Gefahr, heute noch viel mehr, nachdem die amerikanische Steinohlförderung und der amerikanische Kohlenexport den englischen weit überflügelt und ihm weite Absatzmärkte entzogen hat. Das englische und auch das amerikanische Kapital wissen genau, warum sie gegen Genf nichts einwenden; kein Lamento irgendeiner deutschen Regierung wird sie dabei irren machen. Das internationale Obereschleien wird das Hauptausfuhrgebiet des internationalen Kapitals gegen Sowjetrußland werden.

Und die deutschen Kapitalisten passen sich schon heute der Situation an. Ja, nicht nur erst heute. Schon vor Monaten „spähe man alle Eventualitäten ins Auge“, sie wußten Genf im voraus. Sie spekulierten; und sie haben richtig spekuliert. Heute zeigen die obereschleischen Werte im Kurs; es steigen gleichzeitig alle übrigen deutschen Monanwerte. Man hofft, daß die Nachfrage nach ihnen jetzt, nach Abtrennung eines Teiles von Obereschleien, noch größer wird.

Der deutsche Kapitalist versteht also, aus der Situation Profit zu schlagen. Auch auf politischem und finanziellen Gebiet. Noch mehr als bisher haben sie die deutsche Regierung in der Hand. Sie werden für die „Kreditaktionen“ noch weit größere Trümpfe verlangen als bisher. Eine Regierung Stinnes ist gesichert, wenn nicht heute, so morgen. Die Lure für die Steuerhinterziehung sind weit geöffnet. Auch dem Emmentkapital gegenüber werden sie versuchen aufzutrompeln.

Der Marktzug, das Steigen des Dollarwertes von 144 auf 193 auf der einen Seite, das Steigen der Monanwerte auf der anderen: das kennzeichnet die Bedeutung von Genf für das deutsche Gesamtkapital und für die Einzelkapitalisten vollkommen. Die Kapitalisten werden auch durch Genf nicht untergehen. Auf dem Rücken des Proletariats werden sie weiter leben und profitieren, wenn es sein muß, auch unter völliger Preisgabe jeder politischen Selbstständigkeit. Die Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse durch das deutsche und das internationale Kapital aber kann erst recht bis zur letzten Grenze gesteigert werden.

Stinnes vor den Toren.

Zusammentritt des Reichstags. Demission des Kabinetts.

(Erl.) Berlin, 18. Oktober.

Der Reichstag des Reichstages beschloß in seiner Sitzung heute vormittag, an der wiederum auch der Reichsminister teilnahm, nach kurzer Aussprache, die Demission des Kabinetts an den Reichstag zu nehmen und zu diesem Tage die Mitglieder des Reichstages nach Berlin zu berufen. Die Sitzung der Sitzung ist noch nicht bekannt, da die amtliche Mitteilung über die Genfer Beschlüsse noch nicht in Berlin eingetroffen ist.

Nach der gestrigen bürgerlichen Presse steht es fest, daß das Gesamtkabinetts nach der offiziellen Bekanntgabe der Genfer Beschlüsse zurücktreten wird.

Was dann kommt, ist nicht zweifelhaft. Es wird die Stinnesregierung sein. Der Bourgeoisie ist durch den Ausgang der Berliner Wahlen der Kampf mächtig geschwollen. Die bürgerlichen Parteien nehmen an die Sozialdemokraten keine Rücksicht mehr. Es wehren sich die Stinnes, die Birts Verzichtswunden fordern, um ihn durch einen willfährigeren Erben des Großkapitals zu ersetzen.

Das Programm der „Sozialen der Mitte“.

Der britische Ministerpräsident Stegerwald, der seit Monaten für eine „Politik der Mitte“ Propaganda macht, also gewiß ein berühmter Vertreter der neuen Koalition, entwickelte auf dem deutsch-französischen Verhandlungsgeschehen in Genf Gedanken, die man als ein Programm der neuen Regierung ansprechen darf.

Das fordert Stegerwald?

1. Den weiteren Fall der Mark, die weitere Geldentwertung. Seine Begründung lautet:

Es bleibt eine gute ausländische Politik mehrere einjährige Aktion. Die mittlere Lage der Weltwirtschaft ist außer jeder Kontrolle. Bei dem heutigen Stand der Mark ist England sehr wahrscheinlich, als es an Reparationen ergeht.

Helft Sowjetrußland!

Ein schönes Zeichen brüderlicher Solidarität.

Die Elektrizitätsarbeiter der Zentrale Moabit überließen dem Komitee Arbeiterhilfe ihre zweite Rate von 941 Mark und haben bis heute 2441 Mark gesammelt.

Eine auf Anregung der SPD. in Mannheim veranstaltete Sammlung erbrachte für das hungernde russische Volk den Betrag von 30 186,10 Mark.

Die Besatzung der Zigarettenfabrik Garbaty hat bei einer Sammlung für Sowjetrußland die Summe von 10 647 Mark aufgebracht.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Wilhelm-Ruhr bewilligte auf Antrag unserer Genossen 20 000 Mark für die Russenhilfe.

Also im Namen der auswärtigen Politik sollen die Grundlagen der Wirtschaft weiter zerstört werden. Mögen die Arbeiter bei der fortschreitenden Geldentwertung Hunger und Elend zu spüren bekommen, die Bourgeoisie fällt ihre Taschen und hofft auf ein paar Broden vom Tisch der englischen Bourgeoisie. Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, das ist die neueste Phase des kapitalistischen Wiederaufbaus.

2. Die Stinnespartei muß in die Regierung. Begründung: „Das Reich hat keinen Kredit, die Industrie und Großhandel haben ihn. Debijenspolitik, die auf geschicklichen Zwang gestellt wäre, ist unmöglich. Man ist also auf den guten Willen angewiesen.“

Keine Erfassung der Goldwerte, sondern die famose Goldanleihe. Auf deutsch: die Steuern sollen vom Proletariat abgegraben werden.

3. Die SPD. soll die proletarische Einheitsfront zerpfücken. Stegerwald drückt sich folgendermaßen aus: „Wir brauchen eine Mehrheit, der die Sozialdemokratie angehört. Wie immer man über sie denken mag. Wir brauchen sie um des inneren Friedens willen.“

Der „innere Frieden“ bedeutet, daß die Arbeiter die Ausplünderungspläne der Stinnes kampflos hinnehmen. Das soll die Sozialdemokratie gewährleisten. Stegerwald bestätigt noch einmal, daß die Politik von Görlich in erster Linie gegen die proletarische Einheitsfront gerichtet ist.

4. Schutz und Freiheit für die monarchistische Gegenrevolution. Stegerwalds Begründung lautet:

„Ebenso brauchen wir uns mit der Frage, ob Monarchie, ob Republik in der Gegenwart nicht aufhalten. Offenbar ist die Monarchie aus außenpolitischen Gründen und weil sie den Bürgerkrieg bedeuten würde, zur Zeit unmöglich. Man darf aber deshalb die Monarchisten noch lange nicht Tag für Tag mit dem Dreifachstempel vor den Kopf schlagen. Das Weitere wird sich zu seiner Zeit schon finden. Auch wer außerhalb der Koalition bleibt, hat seine volle politische Gleichberechtigung.“

Das bedeutet: freie Hand für die Mördercliquen, für die Orgehsleute, denn die Stinnesregierung wird sie brauchen können, um das Proletariat zur Käse zu bringen.

So steht der „Schutz der Republik“, den die Sozialistische Politik angeblich bezwecken sollte, in Wirklichkeit aus.

Die Haltung der SPD.

Den SPD-Führern beginnt es vor ihren neuen Bundesgenossen zu grauen. Jetzt, da die bürgerlichen Parteien die Maske lüften und ihr wahres Gesicht zeigen, erhebt selbst der „Vorwärts“ ein Lamento.

Der „Vorwärts“ erklärt, daß Birts nicht gehen darf:

Darans geht hervor, daß die Sozialdemokratie eine Aenderung des außenpolitischen Kurses nicht mitmachen kann. Soll sie herbeigeführt werden, so müssen wir dafür sorgen, daß die Verantwortung für sie ausschließlich auf die Schultern Birts fällt, die sie gewünscht haben. Ebenso kann die Sozialdemokratie auf keinen Fall einer Regierung angehören, die ihren innerpolitischen Kurs weiter nach rechts dreht. Lassen sich für eine Politik des verhängten Schutzes der Republik und des sozialen Fortschritts neue zuverlässige Stützen gewinnen, so kann uns das nur recht sein. Eine nach rückwärts gerichtete Entwicklung wird die Sozialdemokratie auf keinen Fall mitmachen. Und ebensowenig ist von ihr zu erwarten, daß sie sich an einer Steuerpolitik beteiligen wird, die es unterläßt, für die Heranziehung des Reiches zu den Säulen des Reichs realistische Garantien zu bieten.

Auf keinen Fall soll man sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie werde, wenn die Not offenbar werde, schon wieder einspringen. Wenn durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien eine Kollage geschaffen wird, dann müssen sie auch die Mittel der Abhilfe schaffen. Wenn sie ein künstliches Labium erzeugen, dann müssen sie auch den Ausweg finden. Wenn irgend jemand glauben sollte, die Sozialdemokratie als den Fabel behandelnd zu dürfen, der gehörig apporriert, was andere unwillig ins Wasser geworfen haben, dann hat er seine Rechnung nicht nur ohne den Birts, sondern auch ohne die Sozialdemokratie gemacht.

Noch schärfer schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“:

„Innerpolitisch aber ist es höchste Zeit, daß die Arbeiter sich zu einer einheitlichen und bewußten Politik zurückfinden. Der Fall Birts mag ein letzter Versuch sein. Sind Demokraten und Zentrum so reaktionär geworden, daß Birts gehen muß, was zum Verlust haben Sozialdemokraten dann noch mit ihnen in einer Koalition zu suchen? Dann ist es höchste Zeit, der Koalition- und Regierungspolitik, die nach weiterer Ueberzeugung zu ihrer Zeit richtig und notwendig war, ein Ende zu machen und gemeinsam mit den Unabhängigen im Reich wie in den Ländern, die keine sozialistische Mehrheit haben, in die Opposition zu gehen. In einer Opposition ohne Rücksicht auf die Regierungsmehrheit, in einer Opposition auf lange Sicht, wenn nötig auf 20 Jahre. Im Kabinetts-Kammer aber — da dieser abzuhören soll — im Kabinetts-Kammer mit den Sozialdemokraten zusammen haben die Sozialdemokraten nichts zu gewinnen. Ihr Eintritt in ein solches Kabinetts wäre nur der Schritt zu neuen schwarzen Bestellungen.“

„Vor Tage vor Görlich hat die Partei in Thüringen glänzend gezeigt. Der Boden hätte heute in Berlin schwerer geschlagen als die flüchtigen Unabhängigen. Das Signal kann und darf nicht überhört werden. Und doch darüber hinaus hat die Berliner Wahlen die denkbar größte Warnung an die Arbeiterklasse, die Gefahr ihrer politischen Lage nicht länger zu dulden und aus ihrem Kampf in der einheitlichen Front der Demokratie statt einer Nebenart endlich eine Tat zu machen.“

Die Drohung mit der Opposition ist so lange eine papierene Drohung, wenn darunter eine rein parlamentarische

rische Opposition verstanden wird, oder wenn sie sogar einen Versuch bedeutet, die bürgerlichen Parteien in letzte Stunde noch zu einigen Konzessionen zu bestimmen.

Die Arbeiter können sich nicht mit halben und papierener Entrüstung begnügen. Sie müssen offen und klar den Bruch mit jeder Art von Koalitionspolitik vollziehen und den Kampf gegen die Gefahren der neuen Stinnesregierung geschlossen aufnehmen.

Das zweite Wiesbaden.

Ein Sachleistungsabkommen mit England.

Dr. London, 17. Oktober.

Der „Daily Mail“ zufolge finden gegenwärtig bedeutsame Besprechungen zwischen dem auswärtigen Amt und der deutschen Regierung statt. Die Verhandlungen betreffen die Form in der Deutschland sich seiner Reparationsverpflichtung gegenüber England in diesem Jahre entziehen soll. Wie erinnert sich, schuldet das Deutsche Reich England eine Darlehnung in Höhe von 47 Millionen £. Namens der deutschen Regierung hat Minister Dr. Rathenau in London den Vorschlag unterbreitet, diese Zahlung teilweise durch Sachleistungen abzugeben. Dieser deutsche Vorschlag bildet den Gegenstand der gegenwärtigen deutsch-englischen Besprechungen. „Daily Mail“ bemerkt zu diesen Verhandlungen, daß gewisse Kreise der deutschen Industrie zwar der Meinung seien, Sachleistungen an England würden den Kurs der Mark und gütig beeinflussen, daß jedoch mehrere deutsche Minister sich zugunsten dieser Zahlungen modalität ausgesprochen und darauf hingewiesen hätten, daß die englischen Industriellen durch ein Sachleistungsabkommen in den Stand gesetzt würden, sich bestimmte Materialien und Maschinen zu sichern, die sie sich gegenwärtig anders nicht beschaffen könnten.

47 Millionen Pfund entsprechen heute etwa 34 Milliarden Mark. Ähnlich wie an Frankreich soll ein Teil davon durch Sachleistungen aufgebaut werden. Es wird abgesehen das deutsche Großkapital auch diese Summen von der deutschen Regierung bezahlet erhalten. Daß sich das nur durch neue Milliarden von Papiermark und neuen Steuerdruck tun kann, bedeutet, daß — genau wie bei Wiesbaden — die Reparationen in Wahrheit bezahlet werden von den steuerzahlenden breiten Massen, deren Arbeitseinkommen mit der wachsenden Geldentwertung immer mehr zusammenschrumpft.

Es ist anzunehmen, daß nach dem französischen und dem englischen Kapital auch das belgische, das polnische und andere sich an der Ausbeutung des deutschen Proletariats beteiligen wird. Der deutsche Arbeiter soll zum Kuli Europas werden.

Gold für Kapitalisten, Papier für Arbeiter.

Die Reparationsgeschäfte, die für das Proletariat eine Flut von Papiermillarden, eine steigende Geldentwertung, unaufhaltsame Kürzung des Reallohnes und dazu noch einen unerträglichen Steuerdruck bedeuten — dieselben Reparationsgeschäfte sind ungeahnte Profitquellen für die deutsche Bourgeoisie. Bekanntlich sollen noch nach dem Wiesbadener Abkommen die gelieferten Waren zum größten Teil zum französischen Inlandspreis verkauft werden. Die Preise betragen — wie wir der „Sozialen Bauwirtschaft“ entnehmen — für erste Tonnie

Raff	65—75	Frank
Porzellanement	130	„
Gips	70	„
Ringosensteine	115	„

Im folgenden geben wir diese Preise, in deutsche Währung umgerechnet, im Vergleich zu den augenblicklichen Inlandspreisen:

	Frans. Preis	Deutsh. Preis
Raff	780—900 M.	270 M.
Porzellanement	1560	430
Gips	840	360
Ringosensteine	1380	380

Die Valutagewinne der Reparationskapitalisten betragen also das Vielfache des deutschen Inlandspreises! Valutagewinne bis zu 300 und 400 Prozent.

Nach Ländern mit noch besserer Valuta als der französischen — etwa nach Skandinavien nach der Schweiz, nach England oder Amerika — sind die Valutagewinne naturgemäß noch viel größer. Und sie wachsen in demselben Maße, als an der Börse die Mark fällt und die fremden Devisen in die Höhe gehen. Sie wachsen in demselben Maße, als die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten, die Zinsen der kleinen Rentner zu einem Bruchteil der Friedenswerte zusammenschrumpfen.

Soeben wurde vom Wirtschaftspolitischen Ausschuss die Ausfuhrabgabe für einige Waren um 4 Prozent erhöht! Für andere Waren dagegen sind Erleichterungen vorgesehen! So werden z. B. deutsche Waren, die aus ausländischen Rohstoffen hergestellt sind, die aber infolge der deutschen Kulisöhne spottbillig auf den Weltmarkt kommen; niedrigere Sätze haben! Und was sind selbst 4 Prozent für einen Kapitalisten, der 400 Prozent und mehr Valutagewinn macht?

Das Proletariat hat genug unter den Kriegs- und Rekonstruktionsgewinnern gelitten. Es wird keine Reparationsgewinnler dulden. Heute steht seine Existenz auf dem Spiel.

Die deutschen Kapitalisten kümmern die Existenzverhältnisse der breiten wertfähigen Massen ebensowenig wie der unausgesetzte Ausverkauf Deutschlands. Das deutsche Kapital produziert immer weniger für den Inlandsmarkt — wer soll kaufen bei Kulisöhnen? — und immer mehr für den Export. Das deutsche Kapital flieht vor der Marktwährung: „Auch nicht einen einzigen Tagchein mehr!“ war nach Meinung des „Deutschen Tagblattes“ die Devise an der Berliner Montagsschörze. Aber für den Mann der Arbeit ist die Marktwährung noch lange gut genug! Rag er doch zusehen, was er mit dem Papier anfängt!

Die eben ankommende Lohnbewegung im ganzen Reich: Das deutet hin auf die einzige Antwort, die das deutsche Proletariat dem Unternehmertum zu geben hat.

Verprechungen statt Kartoffeln.

Die Vertreter des DGB. wiegen in einer Besprechung mit dem Reichsminister für Ernährung, Hermeß, auf die katastrophale Lage der Kartoffelversorgung hin. Der Ernährungsminister versprach die Befreiung von Eisenbahnwagen zu versprechen. Sonst aber schlug er auch nicht das geringste Mittel vor, um die Erzeuger zur Ablieferung zu zwingen, den Wucher zu unterbinden und die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Kartoffeln sicherzustellen. Er empfiehlt nur, daß die großen Kon-

Landwirteverbände mit den landwirtschaftlichen Organisationen in Verbindung treten sollen.

Herr Hermes gab also Versprechungen statt Kartoffeln. Eisenbahner Westdeutschlands haben bereits geteilt, Waggonen mit Kartoffeln zu beschlagnehmen und unter sich aufzuteilen. Das würde zwar den Eisenbahnern helfen, aber die städtische Bevölkerung in den Industriegebieten in noch größere Schwierigkeiten bringen. Auch der Vorschlag der SPD, Stoßtrupp der Schupo auf Land zu senden, wird nur Erbitterung schaffen, aber sonst wenig helfen. Den einzigen Ausweg sehen wir gemäß einem Antrag unserer Genossen im Preussischen Landtag darin, daß die Großgrundbesitzer und Großbauern zur Ablieferung bestimmter Mengen gezwungen werden, und daß im übrigen die Konsumentenorganisationen mit Vertretern der kleinen Bauern sich über Kartoffellieferungen zu bestimmten Preisen verständigen. Bei der Erfassung der Großgrundbesitzer müßten die Landarbeiter durch Angabe der Vorräte dazu beitragen, jede Hinterziehung und jeden Wucher zu unterbinden.

Gegen den Kartoffelwucher!

Unsere Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag gestellt:

„Die Regierung wird beauftragt, zur Versorgung der durch die wachsende Teuerung und den Wucher mit Kartoffeln und allen sonstigen Lebensmitteln schwer betroffenen werktätigen Bevölkerung folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Kartoffelablieferungszwang für landwirtschaftliche Groß- und großbäuerliche Betriebe bis auf die zur Fortführung der Produktion erforderlichen Mengen.
2. Zur Durchführung dieser Maßnahme werden Organisationen der Landarbeiter, Kleinbauern und Kleinpächter herangezogen, die für diesen Zweck besondere Ausschüsse bilden, zu denen Vertreter der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenorganisationen hinzugezogen werden.
3. Die Verteilung und Preisfestsetzung erfolgt durch die Kommunen unter ausschlaggebender Mitwirkung der vorgenannten Berufsorganisationen sowie der Konsumentenvereinigungen.

Das heutige Existenzminimum.

Dr. A. Kuczynski teilt soeben die Teuerungsziffern für den September mit, die die Preissteigerung der letzten vier Wochen anschaulich widerspiegeln. Im Vergleich zur Vorkriegszeit betragen die Kosten für Brot das 18fache, für Zucker das 19fache, für Reis das 21fache, für Kartoffeln das 23fache. In dem Existenzminimum von Groß-Berlin gemessen ist die Mark noch keine 9 Pfennig wert. Demgegenüber müßten Löhne und Gehälter etwa auf das Doppelte erhöht werden, wenn auch nur die Lebenshaltung der Vorkriegszeit wieder erreicht werden sollte.

Die Lüdenscheider Attentäter verhaftet.

(U.) Lüdenscheid, 17. Oktober.

Nach einer Meldung der Polizeiverwaltung von Lüdenscheid ist es gelungen, den Täter, der auf Dr. Stresemann in der Stadthalle von Lüdenscheid anlässlich des dortigen Parteitages der D.D.P. Revolvergeschüsse abgab, samt vier Mitgeschuldi- gen zu verhaften. Es wurden zunächst am 15. Oktober die Mit- täter verhaftet, auf deren Spuren man durch den Verkauf einer Pistole kam. Aus den Aussagen der Verhafteten hat sich dann ergeben, daß der Attentäter ein gewisser Schmidt ist, der zurzeit vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls verbüßt.

Der Attentäter ist ein bekannter Dieb. Doch der Korre- spondent der Zef. Union weiß noch mehr: Der Attentäter und seine vier Helfershelfer sind eingetragene Mitglieder der kommunistischen Partei. An dem politischen Charakter des Attentä- ters kann demnach kein Zweifel bestehen.

In der Verlogenheit der bürgerlichen Kommunistenhege kann noch weniger gezweifelt werden.

Ausland.

Eisenbahner-Generalstreik in Amerika.

(E.) Newyork, 17. Oktober.

Am 30. Oktober, 6 Uhr früh, wird auf den amerikanischen Eisenbahnen der Generalstreik beginnen. Die Streik- leitung hat die Eisenbahnlinien in vier Gruppen geteilt. In der ersten Gruppe, die alle größeren Linien umfaßt, wird der Streik am 30. Oktober, in den anderen je einen Tag später ein- treten. Präsident Harding ist bestrebt, den Konflikt zu schlichten.

Die amerikanischen Eisenbahner sind diejenigen, die am meisten auf der ganzen Welt der rücksichtslosen Macht der gro- ßen Privatgesellschaften ausgeliefert sind. Bereits mehrfach seit dem Waffenstillstand rüdte die Möglichkeit eines Eisenbahner- streiks in die Nähe, der Ausbruch wurde jedoch regelmäßig noch rechtzeitig von den Gewerkschaftsführern verhindert. Der jetzt bevorstehende Ausstand ist ein Teil der neuerdings zu- nehmenden Abwehrbewegung des nordamerikanischen Profe- tariats gegen den Lohnabbau. Kommt es zum Streik, so be- deutet dies eine noch nicht dagewesene Verschärfung des Klassenkampfes in den Vereinigten Staaten. Die Schlichtungs- versuche, die Harding zu seiner Verhinderung unternimmt, lassen sich voraussagen, wenn man sich an die Niederwerfung des letzten Bergarbeiterstreiks in Virginia erinnert, wo mit Pfeilerbomben und Giftgasen gegen die Grubenproletariat vor- gegangen wurde.

Neue Arbeitslosenanstreben in London.

Aus London wird gemeldet: Die neueste englische Arbeits- losen-Statistik nennt 1375 000 Personen, die Erwerbslosen- Unterstützung beziehen und 395 000, die keine Unterstützung be- ziehen. Danach kann man das Elend dieser 400 000 Profe- tariats einigermassen ermessen. In London lazt es zu neuen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei. Viele Erwerbslose wurden von den Gummih- rüppeln der Polizisten verletzt. Sonst können die englischen Arbeitslosen ihren Hunger durch die Lektüre von den Konferen- zen stillen, die Lloyd George zur Lösung der Arbeitslosen- frage abhält. Am 21. November soll eine Landeskonferenz der englischen Erwerbslosen stattfinden.

Italienische Arbeiter für den einheitlichen Abwehrkampf.

Aus Turin wird gemeldet: Die Gewerkschaftskonferenz des Bezirks von Vicenza hat sich mit 10 800 gegen 800 Stimmen bei 3000 Enthaltungen für den Generalstreik gemäß dem kom-



Sowjetrußland hungert

helft

munistischen Vorschlag zur einheitlichen Abwehr der Unter- nehmertentenne ausgesprochen. Einen entsprechenden Beschluß faßte auch die Arbeitskammer von Neapel.

Karlotten-Umtriebe.

(U.) München, 15. Oktober.

Unter der Überschrift „Aufmarsch der Karlotten! Dem Bürgerkrieg entgegen!“ bringen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine längere Drahtmeldung ihres nach Inns- brud entsandten Sonderberichterstatters, der als Führer der karlotten Bewegung in Tirol den Innsbruder Bischof W a i s, einen früheren Erzieher des Kaisers Karl, ferner den christlich-sozialen Abg. Dr. S c h ö p f e r, einen früheren Theologieprofessor, und den Genera- lobersten D a n e l nennt und erklärt, es sei nicht an der Laitsache zu zweifeln, daß die Karlotten auch in Innsbrud sich zu einer Aktion vorbereiten, die auf das erste Signal aus Ungarn erfolgen wird. Hinter dem Habsburger stehe heute Frankreich, ja wahrscheinlich sei es vor allem fran- zösisches Geld, mit dem die kaiserliche Politik genährt werde.

Das Attentat auf Pilsudski eine „bolschewistische Verschwörung“.

Warschau, 17. Oktober.

Die Nachforschungen der Polizei über das Attentat gegen Pilsudski haben ergeben, daß es sich um eine bolschewistische Verschwörung handle.

In Polen waren die Kommunisten stets den schärfsten Ver- folgungen ausgesetzt. Das hinderte aber nicht, daß immer weitere Kreise des Proletariats in die kommunistische Bewe- gung hineingezogen wurden. Um diese drohende Entwick- lung aufzuhalten, soll jetzt der Terror gegen die Kommunisten legalisiert werden. Die Behauptung, daß das Attentat auf Pilsudski auf eine „bolschewistische Verschwörung“ zurück- zuführen sei, dient nur dem Zweck, die Stimmung für ein Antikommunistengesetz vorzubereiten. Es ist bekannt, daß das Attentat auf Pilsudski von einem sozialistischen Ukrainer aus- geführt worden ist als Folge der Polonisierungsversuche in Ostgalizien. Wenn jetzt versucht wird, das Attentat den Kom- munisten aufzuhalsen, dann ahmt man nur das Muster nach, das die Banditen in Jugoslawien gegeben haben. Was frei- lich nicht hindern wird, daß die Menschewiki Polens — genau wie die Jugoslawiens — den Terror ihrer kapitalistischen Re- gierung mit dem angeblichen „bolschewistischen“ Attentat ent- schuldigen werden.

Die Lage in Schweden nach den Wahlen.

Aus Stockholm wird uns gemeldet: Die endgültigen Ergebnisse der Wahlen zur zweiten Kam- mer liegen nunmehr vor:

	Stimmen	Mandate	
Konservative	454 000	62	— 9
Bauernverband	185 000	21	— 8
Liberalen	332 000	41	— 7
Rechtssozialisten	640 000	93	+ 18
Linkssozialisten	45 000	6	+ 1
Kommunisten	90 000	7	+ 5

In Jämtland haben die Kommunisten einen ihrer bis- herigen Siege einem Rechtssozialisten abtreten müssen. Ueber die Hälfte der neuen Wähler stimmten für die Arbeiterpartei. Dies genigte aber nicht, um eine reine Arbeitermehrheit im Parlament zu erzielen. Das Kabinett Branting wird also die Ausrede für eine Koalitionspolitik haben. Das Organ Bran- tings, „Sozialdemokraten“, gruppiert auch schon bei der Bür- digung der Wahlergebnisse die Parteien in Rechte und Linke. Links stehen sonach die drei Arbeiterparteien und die Libe- ralen, rechts die Konservativen, während „Sozialdemokraten“ den Bauernverband als eine Zentrumsparthei bewertet. Diese Gruppierung ist geeignet, eine Borahnung über den Geist, der das Kabinett Branting — falls es zustande kommt — be- herrschen wird.

Glabenhaß.

Von Upton Sinclair.

(Aus dem Roman „Manassa“.)
Deutsch von Hermiona Zur Mühlen.

Die Hufschläge eines galoppierenden Pferdes wurden laut. Onkel Bens Stimme erkante: „He, nehmt mein Pferd!“ und gleich darauf betrat er hastig das Zimmer. Sein Gesicht war rot und aufgereg. „Habt ihr schon gehört?“ rief er.

Die anderen wandten sich ihm zu: „Was?“

„Die ganze Gegend ist unterwegs. Ein Sklave hat Jim Henderson fast umgebracht. Der gelbe Teufel, den er von Ci- cinnati heimgebracht hatte. Er ist abermals entflohen.“

„Die drei jungen Leute schnellsten auf. „Wie?“ „Wann?“ riefen alle Stimmen durcheinander.

„Henderson versuchte gestern Nachmittag, ihn zu schlagen,“ berichtete Onkel Ben, „und der Kerl stürzte sich auf ihn, wie eine Wildkatze, schlug ihm den Revolver aus der Hand, riß ihm das Gesicht in Fetzen. Dann floh er. Gestern Nacht wurden ihm die Hunde nachgehakt, doch verloren sie die Spur.“

„Henderson sagte, er werde ihm die Ketten nicht ab- nehmen!“ rief Hauptmann Montague.

„Der Kerl verschaffte sich irgendwo eine Feile, feilte an den Knöcheln die Ringe durch; die Hosen verbedden es, Henderson merkte nichts. Auch wird behauptet, daß jemand dem Mulatten geholfen hat, denn er hatte eine Pistole.“

Die Familie stritte einander entsezt an. „Serry!“ rief Hamilton Montague einem der Diener zu. „Taglor Tibbs soll die Pferde satteln. Wir müssen suchen helfen.“

Die Speisen wurden nicht mehr berührt; Randolph und sein Bruder waren aufgereg, wie gekoppelte Bluthunde, auch die anderen hatten die Ruhe verloren.

„Man hat um weitere Hunde nach Kathez telegraphiert,“ erzählte Onkel Ben. „Die ganze Gegend soll durchkreist werden.“

Eine Stunde später verließen Hamilton Montague, sein Schwager, die drei Burtschen, zwei Aufseher und etliche Keger mit den Hunden das Herrenhaus. Hauptmann Montague blieb zurück, versuchte sein lahmes Bein. Man ritt stumm dahin, merkte aber auf alles, was gesagt wurde.

Die Stadt Woodville war fast verödet, alle Einwohner beteiligten sich an der Menschenjagd. Die Nachricht war gela-

men, daß ein Reiter einen Mann auf einem Pferd gesehen habe, den er für den Flüchtling hielt. Er war in der Nähe der Montague-Plantage gesehen worden. Die Montagues machten kehrt, schickten sich an, ihre eigenen Wälder zu durch- suchen. Sie teilten sich in zwei Gruppen und verließen die Land- straße. Allan wartete, beobachtete, ob sie nicht in die Richtung reiten, wo sich der Flüchtling aufhält. Dann verließ er sie, strebte dem Herrenhaus zu. Er fieberte vor Erregung. Der Gedanke, daß das ungestaltige verprügelte, gefolterte Geschöpf derart gehetzt werde, trieb ihn brennend das Blut ins Gesicht. „Wenn er nur heute Nacht weiter reiten kann,“ dachte er. „Allan war überzeugt, der junge Mann aus den Weststaaten habe dem Keger geholfen. Sie werden einander heute Abend treffen; wüßte ich nur wo?“

Allan betrat das Haus, wanderte ruhelos, gequält umher. Schließlich setzte er sich in die Bibliothek. Etwas später galoppierte ein etwa vierzehnjähriger Knabe auf das Haus zu. Allan fühlte, wie ihm das Herz schier aus der Brust sprang; dies bedeutete wichtige Nachrichten. Das Pferd war schaum- bebedt; der Knabe glühte vor Aufregung, als er vor der Tür an Hauptmann Montague herantrat.

„Sind Sie Herr Montague?“ fragte er, die Nüße ab- nehmend.

„Ja, was wollen Sie?“

„Mein Vater läßt Sie bitten, uns Ihre Hunde zu leihen, Herr.“

„Die Hunde sind schon auf der Suche. Wozu will er sie?“

„Wir haben den Keger, das heißt, wir haben seine Spur, doch können wir ihn nicht fangen.“

„Weshalb nicht?“

„Wir haben bloß fünf Hunde, und sie können nur die Spur finden, sind nicht auf den Mann dressiert. Der Keger hat eine Pistole, hat einen Hund erschossen, die anderen wagen sich nun nicht vor. Er ist im Sumpf, wir können nicht herein- treten und haben Angst, er könnte entkommen.“

„Wer sind Sie?“

„Jim Hendersons ältester Sohn, Herr Montague, Tom.“

„Seid ihr sicher, daß ihr den richtigen habt?“

„Ja, Tom Murray und seine Hunde aus Kathez, die besten in der ganzen Gegend, helfen uns.“

„Wer ist mit euch?“

„Der Vater, Murray und noch viele aus Woodville. Ich wurde hergeschickt, um um Ihre Hunde zu bitten.“

„Unsere Hunde sind bereits alle auf der Suche!“ rief Hauptmann Montague ärgerlich. „Reiten Sie zu Herrn Hind, der hat zwei Bluthunde, die den Keger bestimmt fassen werden. Kennen Sie den Weg?“

„Nein, Herr.“

„Allan, willst du mit ihm reiten?“

Feinliches Schweigen folgte auf diese Frage. Allan stand befürtzt da. Sein Vater schien sich jählings an etwas zu er- innern, fügte hastig hinzu: „Nein, ich schide jemand anderen.“ Er rief einen Keger, befaß ihm, sich ein Pferd zu satteln. Dann wandte er sich wieder an den Knaben: „Wie geht es Ihrem Vater?“

„Ziemlich schlecht, Herr Montague, doch denkt er gar nicht daran, ist so zornig.“

„Wie sieht es bei ihm an den Keger herangekommen?“

„Bis auf etwa eine halbe Meile. Der Vater behauptet, die Abolitionisten“) in Ohio hätten den Kerl gefoltert.“

Etliche Augenblicke später ritten Tom und sein Begleiter weiter. Allan verfügte sich ohne ein Wort ins Haus. Das Blut rasste durch seine Adern wie geschmolzenes Eisen, er lief wild, verzweifelt im Zimmer hin und her. „Mein Gott, ich ertrage es nicht!“ rief er immer wieder. „Ich ertrage es nicht. Werde nicht dulden, daß sie den Mann töten! Nein! Nein! Nein! Ich muß etwas tun, muß ihm helfen. Es ist zu entseztlich! Es darf nicht sein!“

Nach nie hatte er die Sklaverei so gesehen, wie in diesem Augenblick: ein dämonisches Wesen, das ihm die Krallen ins Herz schlug mit glühenden Augen, deren Blick ihn mit Grauen erfüllte. Er warf die Arme hoch, sein ganzes Ich wurde zu einem Schrei der Qual: „Nein, nein, nein! Ihr dürft es nicht tun!“

Er stürzte aus dem Zimmer. Er wird etwas unterneh- men, wird tun, was er kann. Wird den Mulatten finden, wird, wenn es Not tut, allein gegen dessen Verfolger kämpfen, sie zurückschlagen. Er hastete in den Stall, sattelte sein Pferd, jagte dahin, über Felder und Wiesen, setzte über Zäune, gal- loppier- den Bayou-Sümpfen zu. (Fortsetzung folgt.)

Verwaltungskosten und Beamtengehälter.

Die Forderungen der Beamten nach menschenwürdigen Gehältern beantwortet die „staatsbehaltende“ Parteien erfahrungsgemäß damit, daß die Bewilligung der Bilanzierung des Etats unmöglich mache. Insbesondere hegt die gesamte rechtsprechende Presse seit einiger Zeit gegen die ungeheuren Ausgaben des Staates für Beamtengehälter. Der „Tag“ vom 22. September macht demgegenüber Feststellungen, die jener Seite ins Gesicht schlagen. Nach Meinung der Deutschnationalen hat nach der Revolution der Beamtenapparat unglaubliche Dimensionen angenommen; im „Tag“ wird jedoch festgestellt:

Von 1914 bis 1920 wurde nach den Haushaltsplänen die Zahl der Beamtenstellen des Reichs trotz seiner Verminderung an Gebiet und Bevölkerung infolge des Friedensvertrages um rund 10 Prozent, von 201.125 auf 688.023, also auf fast das Dreieinhalbfache, vermehrt. Wie wir einer Denkschrift des Landesfinanzamtspräsidenten Schwarz entnehmen, ist die große Vermehrung der Beamtenstellen in ihrem weit überwiegenden Teil eine Folge der politischen Umwälzungen und Veränderungen der Reichsverfassung gewesen. Berücksichtigt man aber, daß der Beamtenapparat der Finanz-, Post- und Eisenbahnverwaltung in den Jahren 1919-1920 von den Ländern auf das Reich überging und zählt daher für 1914 die Beamtenkategorien den damals vorhandenen Reichsbeamten zu, so ergibt sich, daß sich die Gesamtzahl der Reichsbeamten von 1914-1920 von 542.936 auf 688.023, also nur um 26,7 Prozent, vermehrt hat.

Diese geringe Vermehrung um 26,7 Prozent erklärt sich durch den Übergang von Angestellten zu planmäßigen Beamten, durch die Verminderung der Arbeitskraft einzelner Beamten, durch die Einstellung von Kriegsbefähigten, durch die Einführung des Achtstundentages, durch die Erweiterung des Aufgabensbereichs des Reiches.

Erscheint angesichts all dieser Ursachen die Vermehrung des Beamtenstabes um nur 26,7 Prozent als minimal, so kann beim Etat für Beamtengehälter nicht von einer Vermehrung, sondern im Gegenteil von einer Verminderung gesprochen werden:

Die Gesamtausgaben des Reiches stiegen von 1914 bis 1920 um mehr als das Fünffache an, und zwar von 11,0 Milliarden oder 162,50 auf den Kopf der Bevölkerung auf 162,6 Milliarden oder 2666,68 Mark je Kopf, ausschließlich des Nachtragsetats des Jahres 1920. Zu beachten ist hierbei, daß die Gehaltssteigerungen erfahrungsgemäß hinter der der Geldentwertung entsprechenden Warenpreiserhöhung nicht nachhinken und die persönlichen Ausgaben 1914 durchschnittlich 39 Prozent der ordentlichen Reichsausgaben, 1920 aber 35 Prozent ausmachten, da die Beamtenbezüge bis 1920 nur etwa auf das Siebeneinhalbfache angezogen sind.

Trotz Vermehrung der Beamten um 26,7 Prozent also eine Verminderung des Anteils für Beamtengehälter von 39 Prozent auf 35 Prozent! In Konsequenz davon wird weiter festgestellt:

Die Bezüge der Reichsbeamten haben sich von 1914 bis 1920 durchschnittlich auf mehr als das Fünffache gesteigert, auch bei Berücksichtigung der Steuerzuschläge und der Kinderbeihilfen nur um mindestens das Sieben- bis Achtefache, während die Preissteigerung bzw. Geldentwertung bis 1920 auf etwa das Zwölff- bis Dreizehnfache der Friedenszeit angekommen werden kann. Hiernach bleibt die Gehaltssteigerung erheblich hinter der Preissteigerung zurück. Es ist daher erklärlich, wenn unter den Beamten trotz der neuen Zulagen eine allgemeine Unzufriedenheit besteht. Das einzige Mittel hiergegen bleibt eine mit der Geldentwertung Schritt haltende Steigerung der Gehälter, zu deren Einleitung die Zahl der Beamtenstellen vermindert werden muß. Sind zwar auch eine Anzahl Beamter mit Arbeit überlastet, so gibt es doch viele Beamter, bei denen mit einer besseren Organisation ganz andere Arbeit als bisher geleistet werden könnte.

Die Feststellungen dieses Artikels, daß einer zwölf- bis dreizehnfachen Preissteigerung lediglich eine Steigerung der Gehälter um das Siebeneinhalbfache im Durchschnitt gegenüberüber, werden die Beamten zu beachten haben! In Wirklichkeit beträgt jedoch die Steigerung der Lebenshaltungskosten noch weit mehr. Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes sind die Indizes für den Großhandel seit Kriegsbeginn um etwa 1900 Prozent gestiegen.

An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Warengruppen beteiligt. Es reichen Getreide und Kartoffeln auf 265, Fleisch, Fische und Jene auf 1762, Kolonialwaren auf 1731, Lebensmittel überhaupt auf 1949, Textilien auf 2193, Metalle auf 1673, Kohle und Eisen auf 1774.

Auch wenn wir uns nur auf die Feststellung des „Tag“ beschränken, wäre bereits eine Erhöhung der Gehälter für Beamte und mittlere Beamte um mindestens 80 Prozent notwendig, um lediglich die Lebensbedingungen der Vorkriegszeit wiederherzustellen.

Bedarf es noch der Meinung des deutschnationalen „Tag“ zur Durchführung dieser zur Erhaltung der Existenzmöglichkeit der Beamten unbedingt notwendigen Gehaltsaufbesserung der Zusammenlegung von Stellen und Pöken: nun, unter den hohen Beamten und Richtern sind noch Übergangskontingente, die in der Republik nicht zu finden haben. Wenn sie gehen, fällt genug für die kleineren und mittleren Beamten ab, die ja hoch die Arbeit machen.

Aber Otto F. v. v. d. SPD. will nach seinem Anspruch in Götting die alten monarchistischen Beamten schonen, denn sonst kann er in Preußen nicht mit den Finanz-Beamten zusammen Minister werden. So werden denn die kleinen Beamten noch weiter auf anstreicherbe Gehälter warten müssen.

Die Bürokratie des Bergarbeiterverbandes im Kampf gegen die Kommunisten.

Die Furcht vor den Kommunisten macht die Führer des Bergarbeiterverbandes immer nervöser. Jetzt gehen sie sogar so weit, Kollegen, die in ihrer freien Zeit das Organ des Verbandes „Der Bergarbeiter“ ausleihen, verbieten zu wollen, gleichzeitig für die kommunistische Presse Propaganda zu machen. Die Gewerkschaftsbürokratie erließ folgendes Rundschreiben:

Zu unsere Vertrauensmänner und Ortsleiter der Jahreshellen.

Sehrer Kamerad!

Aus einer Zusammenkunft wird uns Mitteilung gemacht, daß betrüblich mit der Verteilung des „Bergarbeiter“ vom 10. September auch ein Flugblatt der kommunistischen Partei verteilt wurde. Dieses Flugblatt hat den Titel: „Für das Parteiprogramm der kommunistischen Partei, die Sozialistische Republik“, Abonnanzen zu vergeben. Wir weisen bei

Die Lage in Polen.

Vormarsch der kommunistischen Bewegung.

Am polnischen Parlament wurde von der extremen Rechten eine Vorlage eingebracht, in der gefordert wird, jede kommunistische Propaganda als Hochverrat zu betrachten und mit langjährigen schweren Gefängnisstrafen zu belegen. Nach einigen Tagen erklärte der neue Minister des Innern, Dornowski, daß er mit der Tendenz der Vorlage einverstanden sei, und daß die Regierung eine besondere Vorlage gegen Freistreiber und Kommunisten vorbereite.

Warum kommt es zu diesem neuen Aufmarsch gegen die „rote Gefahr“, gegen die unterirdische Arbeit und illegale Organisation der kommunistischen Partei Polens? Die Antwort darauf liegt in dem wachsenden revolutionären Bewußtsein der Arbeiterklasse Polens, die sich nach dem Verlust aller demokratischen Illusionen, nach schweren Kämpfen, immer zahlreicher um das Banner der KPP. führt.

Die zerrüttete Wirtschafts- und die katastrophale Finanzlage Polens, die unaufhörlich steigenden Lebensmittelpreise führen zu immer öfteren und schwereren Kämpfen der Arbeiterklasse gegen das Kapital und die reaktionäre Regierung. In diesen Kämpfen, in denen die sozialistische Partei Polens (P.P.S.) öfters für den Staat und gegen die Arbeiterklasse Stellung nimmt, schwindet der Einfluß der staatsbehaltenden sozialpatriotischen Ideologie immer mehr und wächst das Klassenbewußtsein des Proletariats.

Das ganze Jahr 1921, seit dem Friedensschluß mit Sowjetrußland, ist durch eine Reihe von Fiegen gekennzeichnet, die von der KPP. über die P.P.S. in den breiten Massen des Proletariats davongetragen wurden. Bis 1921 breitete die KPP. ihre Tätigkeit hauptsächlich auf Rußland-Polen aus, wo die Industrie zur höchsten Entwicklung gelangt war, und wo die P.P.S. seit Jahrzehnten als Sozialdemokratische Partei einen Kampf gegen die P.P.S. führte; in Galizien und Polen war die P.P.S. die stärkere Organisation und wehrte mit allen Mitteln, einschließlich der Denunziation, gegen die kommunistische Propaganda. Die konterrevolutionäre Politik, die von den Führern der P.P.S. getrieben wurde, ihre provokatorischen Methoden der Bekämpfung der KPP., der Verrat an der Arbeiterklasse, der in jeder Massenaktion zutage tritt, lösten von der Partei immer neue oppositionelle Gruppen, bis die große Streikbewegung im Sommer 1921, die als Protest gegen die Militarisierung der Eisenbahnen in ganz Polen ausgebrochen war, und von der P.P.S. gebrochen wurde, den meisten ihrer Anhänger die Augen öffnete. In Galizien waren die Eisenbahnarbeiter die ersten, die sich von der P.P.S. lösten, ihnen folgten bald die Arbeiter der Petroleum- und der Metallindustrie. Der sozialistische Abgeordnete Lanowski, ein Eisenbahnangehöriger aus Jaroslaw in Galizien, verließ die P.P.S.-Fraktion im Parlament und, nachdem er sich auf den öffentlichen Versammlungen in Jaroslaw das Vertrauen seiner Wähler gesichert hatte, trat er im Sejm (Parlament) als erster kommunistischer Abgeordneter hervor. Ihm schloß sich der Abgeordnete Dombai an, der als Mitglied der radikalsten Bauernpartei Galiziens gewählt wurde und während der zwei letzten Jahre vom kleinbürgerlichen Radikalismus zum Kommunismus zurückgekehrt war. Die Flucht der klassenbewußten Arbeiter aus der P.P.S. in Galizien wurde zu einer so allgemeinen Erscheinung, daß in mehreren Bezirken, wie Jaslo, Krosno u. a., die P.P.S. gar nicht mehr existiert, da ihre Organisationen vollständig zur KPP. übergegangen sind. Die P.P.S.-Führer schenken sich nicht, mit Hilfe der politischen Polizei, der sogenannten „Teufelshunde“, diese revolutionäre Bewegung zu bekämpfen. Es kann ihnen aber nicht gelingen, trotz zahlreicher Verhaftungen der führenden Genossen, das Vertrauen der Arbeiterklasse wieder zu gewinnen. Die KPP. hat ihren in Galizien feste Wurzeln gefaßt: die Zahl ihrer illegalen, geheime Organisationen wächst von Tag zu Tag; an Stelle der chaotischen Hege, die von der P.P.S. getrieben wurde, tritt das brüderliche Zusammenwirken der polnischen und ukrainischen Arbeiterklasse. Einen ähnlichen Verlauf hatte die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung der Provinz Polen, wo das Exekutivkomitee vom Zentralrat der P.P.S. wegen seiner Stellungnahme gegen den Sozialismus-Aufstand in Oberschlesien aufgelöst wurde. Alle Par-

teioorganisationen der Provinz Polen zeigten sich aber sofort mit ihren Führern, lösten sich von der P.P.S. los und erklärten auf einer gemeinsamen Konferenz, daß sie die 21 Bedingungen der Dritten Internationale annehmen. Die Vorkämpfer dieser revolutionären Entwicklung waren in Polen wie auch in Galizien die Eisenbahnarbeiter, die am eigenen Fleiß die arbeitserhebliche, verräterische Politik der P.P.S. Führer, der Dazynski und Moraczewski, spüren mußten.

Derselbe Prozeß der Flucht aller klassenbewußten Arbeiter aus der P.P.S., des Übergangs ganzer Organisationen zur KPP., findet im Kohlenbecken Dombrowa und Chranow, im Eisenindustriegebiet Radom, im Textilindustriegebiet Lodz, im nördlichen Teil Kongresspolens, statt. Die am 25. September stattgefundenen Wahlen zur Krankenkassenverwaltung in Warschau gaben der kommunistischen Liste 21 Mandate, gegenüber 17 Mandaten, die der sozialistischen und gewerkschaftlichen Listen zufielen. Dieses Resultat gibt aber kein genügendes Bild von der Stärke der KPP., weil jede kommunistische Agitation von der Polizei fast unmöglich gemacht wurde, die Vertrauensmänner der „roten“ Liste in der Nacht vor den Wahlen verhaftet wurden, die Lokale der roten Gewerkschaften am Tag vor den Wahlen von der Polizei geschlossen und versiegelt wurden.

Der Einfluß und die Stärke der KPP. Polens wachsen von Tag zu Tag, jeder ökonomische Kampf bringt ihr neue Anhänger in den breiten Massen der Arbeiterklasse, obwohl sie illegale Organisation nicht im offenen Kampf gegen die sozialpatriotischen und gelben Parteien auftreten kann.

Angesichts dieser „roten Gefahr“ wollen heute die sich ewig bekämpfenden bürgerlichen Parteien Polens eine gemeinsame Front gegen die Kommunisten bilden. So, wie sie aber sind — unfähig, den eigenen Staat aus der katastrophalen Wirtschaft- und Finanzlage herauszuholen, die notwendigen Reformen durchzuführen, durch entgegengesetzte Klasseninteressen und Klassenkämpfe geschwächt, werden sie auch unfähig sein, einen Wall gegen die wachsende kommunistische Bewegung aufzurichten. Bei den zerrütteten ökonomischen Verhältnissen, in welchen sich Polen heute befindet, bei den zugespitzten Klassengegensätzen, welche die Bauernschaft und das Bürgertum aufwühlen, ist die revolutionäre Bewegung nicht mit Polizeimitteln erstickt werden. Neue, noch gewalttätigere Verfolgungen werden einer desto festeren und entschlosseneren Abwehr der Arbeiterklasse begegnen.

Der Warschauer Berichterstatter der „Wostischen Zeitung“ schreibt seinem Blatte unter dem 20. Oktober über den finanziellen Bankrott Polens:

Der Herr Finanzminister hat gesprochen. Er sprach gestern abend vor dem polnischen Landtage wie ein Konkursverwalter zu dem Schuldner:

Die zwölfte Stunde hat bereits geschlagen — darüber ließ der neue Finanzminister keinen Zweifel übrig. „Das Nach über die Hauptsache des Reiches steht in Flammen, die Katastrophe ist viel näher als man glaubt, das polnische Geld hat nur noch den Wert eines Solalgeldes.“ Klug es aus dem Munde des Ministers, und wenn der hohe Sejm bei diesen Alarmrufen mehr Zeichen der Erregung als der Zerknirschung zur Schau trug, so war dies nur zu begreiflich: das wirklich wenig hohe Haus ist in erster Linie für die ausgebrochene Katastrophe verantwortlich.

Nach kaum dreijährigem Bestehen weist der vom „Sowjetrußland“ geleitete polnische Staat Haushaltsdefizite von 6% (1919), 52% (1920) und 180 Milliarden Polennark (im laufenden Jahre) auf. Die ausländische Schuld beträgt mindestens 1500 Milliarden Polennark. Rund 180 Milliarden ungedeckte Noten hat die polnische Notenpresse auf den Markt geworfen — gegen nur 7 Milliarden im Jahre 1919 und 60 Milliarden im vergangenen Jahre. Für einen französischen Franc hat man gegenwärtig beinahe 500 Polennark zu zahlen. Dies sind schier legendäre Ziffern und Wertungen für einen Staat, der vor kaum drei Jahren wirtschaftlich ohne Furcht und Mangel von einer überaus wohlwollenden und unterstützungsfreudigen Emieute aus der Laufe gehoben ward.

dieser Gelegenheit auf unser Verbandsstatut und auf die Beschlüsse der letzten Generalversammlung, worin erneut die politische Neutralität des Verbandes bekräftigt wird. Wir können als Verband absolut nicht dulden, daß für diese oder jene Partei in Verbindung mit unserem „Bergarbeiter“ agitiert wird. So können wir hin, wenn wir dieses einseitig lassen wollten; wenn jede Partei oder jedes Parteiorgan das Recht für sich beanspruchen würde, unseren „Bergarbeiter“, unser Fachorgan, als Agitationsmittel zu benutzen. Wir legen auf das allerentschiedenste Verbot gegen solches Tun und Treiben ein. In Zukunft werden wir alle diejenigen Aussträger des „Bergarbeiter“, sowie den Vertrauensmann der Jahreshellen, der verantwortlich ist, zur Rechenschaft ziehen. Es ist ein, daß trotz allem Hinweis immer noch Kameraden vorhanden sind, die glauben unter der Fuchtel einer Parteibürokratie so handeln zu müssen. Wir wollen diese Kameraden warnen und ihnen die Frage vorlegen: „Könnt ihr als Gewerkschaftler damit einverstanden sein, daß der Verband irgendeiner Parteiorganisation untergeordnet sein soll?“ Daß gerade von unseren Kameraden, die parteipolitisch sich zum Kommunismus bekennen, dies verfocht wird, ist bedauerlich. Man wird von diesen Kameraden uns antworten: „Das ist nicht wahr, daß wir als Gewerkschaftler der Partei untergeordnet sein müssen.“ Um diesen Kameraden darüber Aufklärung zu geben, möchten wir ihnen folgenden Artikel des neuen Parteiprogramms der KPP., welcher die Richtlinien über die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften festlegt, nicht verrauchen:

Es folgen dann einige Zitate aus den genannten „Richtlinien“, die den Beweis für die obigen Behauptungen bringen sollen. Dabei kann kein echter Gewerkschaftler aus den Zeilen des neuen Parteiprogramms herauslesen, daß die Kommunisten die Gewerkschaften der Partei unterordnen wollten. Die Kampfweise der Gewerkschaftsbürokratie wird am besten gekennzeichnet durch den Inhalt des Artikels:

Verbandsmitglieder, welche parteipolitisch zum Kommunismus bekennen, werden, wenn sie nicht von hierheraus sich selbst aus dem Verband ausschließen wollen, die Beschlüsse der Kommunisten nicht beachten.

Ausdrucksanforderungen an die Kommunisten, das sind die folgenden Sätze der Gewerkschaftsbürokratie. Dieses Treiben geht solange, bis der notwendige Wille der Mehrheit der Gewerkschaftsbürokratie dieser die Einseitigkeit der Arbeiterklasse schwer schädigenden Kommunistenverfolgung ein Ende macht.

Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft.

Bei der bekannten arbeitserheblichen Einstellung ist der gewalttätigen deutschen Gewerkschaftsbürokratie die Kommunisten naturgemäß jenseits in der Lage, Kommenzen eines Gewerkschaftsblattes in polnischen Sinne zu erwirken. Es sind im Gegenteil fast immer gezwungen, gegen die

arbeitsgemeinschaftliche und wirtschaftsfeindliche Tendenz der Verbandszeitungen anzukämpfen. Um so erfreulicher ist es, wenn einmal ein Gewerkschaftsblatt unter dem Einfluß der gewaltigen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit zu Schlussfolgerungen kommt, und diese auch offen ausdrückt, die mit der Auflösung der Kommunisten voll und ganz übereinstimmen. So bringt das Verbandsorgan „Deutscher Maschinen- und Heizer“ in seiner Nummer 20 vom 7. Oktober einen „Rheinland-Westfalen“ überschriebenen Artikel, der eine vorzügliche Schilderung der Betriebs- und Gewerkschaftsverhältnisse dieses industriellen Kraftzentrums enthält, und in dem es heißt:

unveröhnlichster Klassenkampf

Wenn die Gegner der Arbeiterklasse den Klassenkampf als Verheugung verdrängen, soll und wird uns dieses nicht veröhnlich stimmen. Der proletarische Klassenkampf, den Lassalle den Schrei der Liebe, der Brüderlichkeit, der Solidarität nannte, der die Menschheit vereinigen will, dieser Klassenkampf ist eben ein Kulturkampf im besten Sinne. Marx bezeichnet den Klassenkampf als das bewegende Prinzip der Geschichte. Der Klassenkampf will und bezweckt die Menschheit veröhnlicher zu stimmen, sie zu verbrüdern, mit einem Wort sie moralisch zu bessern; der Klassenkampf ist also doch zugleich der reine Kulturkampf. Und diese Bedeutung des Klassenkampfes haben wir unseren Kollegen klarzumachen.

Diesem entschiedenen Bekenntnis zum Klassenkampf, das ein Gewerkschaftsblatt ablegt, wollen wir die Kennerung des Reichsindustriellen L. v. d. e. m. a. n. n. auf dem Kongress am 3. Oktober d. J. in Düsseldorf gegenüberstellen. Dieser „Führer“ und ehemalige preussische Finanzminister prägte folgende bezeichnende Sätze:

„Die Gewerkschaften sind heute nicht mehr, was sie früher waren, Kampforganisationen gegen den Staat, sie sind nicht mehr ausgesprochene Klassenkampforganisationen, sondern sie sind Organisationen, die mitwirken an dem Ausbau unseres demokratischen Staatssystems, die mitarbeiten an der Gesetzgebung und mitverantwortlich sind.“

Lüdemann zeigt, was die rechtssozialistischen Reformisten aus den Gewerkschaften gemacht haben oder machen wollen, währenddem der „Maschinen- und Heizer“ aus dem sich immer mehr verschärfenden Kampf zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum die folgerichtigen Konsequenzen zog.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannas, Berlin, Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H., Berlin. Druck: Friedrichshagen-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Ostrow 1926 und 1927.

Das Justizverbrechen in der Breslauer Graupe. Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Oktober 1921.

Infolge des Hungerstreiks sind alle Genossen bis auf Delsner entlassen.

Die ehrenwerten Männer, die in der Breslauer Polizei sitzen, die ehrenwerten Männer, die Haftbefehle auszusprechen und Untersuchungen durchzuführen haben, die ehrenwerten Männer, die über das Gefängnis kommandieren, sind am Ende doch gezwungen worden, ihr ehrenwertes Handwerk zu unterbrechen. Von den hundert Gefangenen, die man durch Monate eingelocht hat, wurden die letzten 8 in der vergangenen und in dieser Woche entlassen. Die Entrüstung unter großen Massen der Arbeiter nicht nur in Breslau, sondern überall, der Widerhall, den der Schrei der gequälten Häftlinge der „Graupe“ zu erwecken begann, ist den Herren in den Rücken gefahren. Sie haben sich veranlaßt gesehen, im letzten Augenblick das Gittertor zu öffnen. Ist das ein Zeichen für den Gehmut der Justiz und Polizei in Breslau? Der Justiz von Breslau, die Proleten auf Monate in die Dreifächer der „Graupe“ pfercht, die ohne den winzigsten Schatten auch nur eines halbwegs anständigen Vorwandes ihre politischen Feinde planmäßig, bewußt und zweckvoll geistig und körperlich zu zermürben sucht? Dieser Gehmut ist nichts als die Furcht vor der Faust des Proletariats. Dieser Gehmut ist nichts als die Folge der gewaltigen Massenbewegung, die nach dem Erzbergermord in ganz Deutschland und auch unter allen Arbeitern Breslaus einsetzte. Es ist der Ausdruck für die berechtigte Angst, die diese Herren haben, ihre im Kleinprozeß aufgedeckte Schand- und Luderwirtschaft könne die gebührende Antwort finden. Die Angst soll nicht umsonst sein. Die Arbeiter sollen nicht vergessen, was die Liebermann und Loh, die Richter und Langer getan haben.

Das Verbrechen der Breslauer Schwarzen Hundert, die Heldentaten dieser Verschwörerbande, die wie die Kletten zusammenhängt, die kein Unternehmen von der Freiheitsberaubung bis zur Gefangenentüchtung, von der Zeugenbeeinflussung bis zum Bestechungsversuch, vom Aktienraub bis zu politischem Raubüberfall, vom Todspießdienst bis zur Provokation blutiger Schießereien scheut, die Heldentaten dieses deutschen Männerbundes, der nur in der Dohrana Zarenrußlands und in dem „Erwachenden Ungarn“ Horthy's feinesgleichen findet, sollen nicht von heute auf morgen aus der Erinnerung schwinden. Sie sind nicht wichtig um der hundert Genossen willen, die ihnen zum Opfer fielen, sie sind wichtig, um einen Breslauer Volkstakt zu veranstalten. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie im grellen Scheinwerferlicht einen Abschnitt aus jener ungeheuren Folterstätte zeigen, die die Klassenjustiz der Ebertrepublik darstellt. Die Tatsache, daß Menschen mit Energie, keine Feiglinge, sondern Revolutionäre, die manches hinter sich haben, soweit gebracht wurden, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, Lage um Lage jede Nahrungsaufnahme zu verweigern, sich selbst die fürchterbare Marter des langsamem Verhungerns aufzuerlegen, die nur der verfehlen kann, der sie kennt, diese Tatsache zeigt weit hinaus über den engen Umkreis der „Graupe“, welcher Zustand

schon heute in Schlesien, der reaktionärsten Provinz Preußens herrscht, und welcher Zustand morgen, wenn die Arbeiter den Nacken beugen, in ganz Deutschland triumphieren wird. Niedererschossen in Bayern, wo die politischen Festungsgefangenen Selbstmord durch Erhängen versuchten und Breslau in Schlesien, wo die politischen Untersuchungsgefangenen Selbstmord durch Hunger versuchten, das sind die Wappenschilder des freiesten und demokratischsten Landes, der Welt. Das sind die Wahrzeichen der deutschen Bourgeoisie, die über Gefangenentüchtungen in Wagnon jammert und über die „schwarze Schmach“ im Rheinland zetert.

„Ein Verschulden subalterner Organe, eine Ungeschicklichkeit der Breslauer Polizei“, wird die Bourgeoisie sagen, wenn alle Einzelheiten des Verbrechens in der Graupe bekannt sein werden. O nein, edle und unbefleckte Liebhaber der Justitia! Das oberste Gericht des deutschen Reiches, die objektivste Behörde der Welt, das höchste und unbefleckteste Tribunal der Republik Eberts hat jeden einzigen Haftbefehl mit seinem Adlerwappen gesiegelt, hat die höhnische Ablehnung jeder Beschwerde über die schamlose Behandlung mit seinem Dienstsiegel unterfertigt, hat das Verfahren von Monat zu Monat hinausgezögert, hat dem Herrn Untersuchungsrichter nach seinem eigenen Geständnis den besonderen Befehl gegeben, die Gefangenen „aufs strengste“ zu behandeln. Hat, als selbst das Ausnahmegericht keinen Verurteilungsgrund finden konnte, „Hochverrat“ und „Bildung militärischer Verbände“, die es mit seinen verbundenen Augen nicht sehen konnte, aus seiner blühenden Phantasie erfunden. Die Reichsgerichtsräte, die Oberreichsanwälte, die milde waren wie die Gnade Gottes, wenn es galt, Kriegsverbrecher und Nordgeneräle zur Verantwortung zu ziehen, wenn es hieß, Rapp und Jagow, deren Hochverrat Tausende mit ihrem Blut begahen mußten, zu bestrafen, wüßten wie der Höllehund gegen Kommunisten, deren einzige Schuld ist, daß sie für die Segnungen der kapitalistischen Herrschaft kein genügendes Verständnis haben. Dafür allein wandern sie in die Gefängniszellen. Dafür müssen sie nachts auf den verlausten Seegrasmatrasen liegen, dafür läßt man sie hungern, bis sie umfallen, dafür schlägt und prügelt man sie unter der Herrschaft des Langer und seinesgleichen.

Nur die Selbsthilfe der Gefangenen und die brüderliche Hilfe des Proletariats und das energische Drängen der kommunistischen Partei konnten diese erste Bresche schlagen in die Mauern der deutschen Gefängnisse.

Acht Mann sind frei. Genosse Delsner sitzt noch! Dreitausend andere sitzen in den Gefängnissen und Zuchthäusern und Festungen und Kasematten Deutschlands. Die Lehre, die wir aus den Ereignissen in der „Graupe“ zu ziehen haben, heißt: Nicht lodern lassen! Nachstoßen!

Heraus mit unsern Märzgefangenen! Heraus mit allen unsern Gefangenen! Auf mit den Kiegeln und Gittern, hinter denen die Proletarier schmachten und verkommen! Nieder mit der weißen Justiz!

Sie spotten ihrer selbst . . .

Unter der Ueberschrift: Die Wandlung der Deutschen Volkspartei, bringt die „Volkswacht“ den Inhalt eines von der Stinnespartei herausgegebenen Flugblattes, das folgenden Wortlaut hat:

„Berliner, hört die Wahrheit! Die Sozialdemokraten haben in Görlik beschlossen, die Deutsche Volkspartei zu bitten (1), ihnen bei dem Geschäft des Regierens zu helfen (1), weil sie selbst nichts verstehen (1) und weil sie sehen, daß das Reich sonst zu Grunde geht . . . (1). Wir wollen helfen, wir haben unser Vaterland lieb . . . Aber unsere Partei bleibt die alte (1), sie opfert nichts von ihren Grundfäden. Sie bleibt treu den alten ruhmvollen Ueberlieferungen unserer Geschichte, sie bleibt treu der schwarz-weiß-roten Fahne. Wenn wir in die Regierung gehen, so tun wir das mit ungebrochenem Rückgrat, so tun wir das, um eine Radikalisierung und Linksentwicklung im Reiche zu verhindern, deren Kosten das werktätige Bürgertum, namentlich auch in der Steuererhebung, zu bezahlen haben würde. Wie aber bringen wir die roten Herrschaften im Berliner Rathaus zur Vernunft? Nur dadurch, daß wir sie am 16. Oktober im Wahlkampf besiegen und eine bürgerliche Mehrheit erringen.“

Die Ausrufezeichen sind von der „Volkswacht“. Dem Redakteur ist ob dieser Freimütigkeit der Koalitionsgenossen die Spude weggeblieben, denn er schreibt weiter nichts als: „Kommentar überflüssig!“

Wenn wir auch annehmen, daß die Stinnespartei angeht, die Wahl zum Berliner Stadtparlament aus Angst, Stimmen an die Deutschnationalen zu verlieren, besonders offener ist, so ist nach unserer Meinung ein Kommentar sehr vonnöten. Denn alle Ausrufezeichen, die der „Volkswacht“redakteur gemacht hat, sind berechtigt. Strejemann, der nach dem 31. August sich republikanisch gebärde, wird bald wieder sein wahres Gesicht zeigen. Der Beschluß von Görlik ist ja nun nicht gefaßt, weil die SPD glaubt, daß Strejemann und Stinnes besser regieren können. Die Arbeiter sind gewiß mit uns der Meinung, daß Gradnauer und die Beauftragten des Stinnes die gleichen Stümper sind und nur Riemen aus der Haut der Arbeiter schneiden.

Daß das Flugblatt der Volksparteier vollkommen auf Wahrheit beruht, werden die Arbeiter, die noch immer in dem Beschluß von Görlik ihr Heil erblicken, bald einsehen. Vielleicht wird die „Volkswacht“ dann sich wieder herablassen, die Stinnes'schen Pressezeugnisse zu kommentieren.

„Die zusammengebrochene SPD.“

Die „Freie Meinung“ bringt, jedenfalls auf Angabe des aus der Partei „gegangenen“ Stadtverordneten Max Gruschwitz, eine Notiz, in der das blödsinnigste Zeug über die SPD. Breslau verzapft wird. Es erscheint uns verwunderlich, daß Herr Fleischmann, der doch bei dem Prozeß gegen den Genossen Klein anwesend war und dort sich überzeugt hat von den Mängeln der Polizei, der auch in der vorhergehenden Nummer seiner Zeitung kräftige Worte gefunden hat gegen die Polizeischikane gegen die SPD., daß dieser Herr Fleischmann jetzt auf die Angaben eines, gelinde gesagt, von seiner Person ungeheuer eingenommenen Max Gruschwitz hereinfällt.

Dieser Gruschwitz, der auf Grund verschiedener Verkommenisse von seinen Ämtern enthoben wurde, ist so von

Die Mauern.

Von Martin Andersen Nexö. (Schluß.)

Genau so formten sich die Dinge für Schuhmacher Blant, als handgreifliches Phänomen, das ganz offen zutage trat. Wenn er seinen Wirt sah, fiel ihm immer wieder dessen Körperumfang auf, und voller Unruhe bemerkte er, daß der Mann unaufhörlich dicker wurde. Das empfand er als brohende Gefahr für sein eigenes Atemholen; es war ihm, als wollte man ihm die Luft rauben.

Eines Frühjahrs endlich geschah das Verhängnisvolle. Der Großhändler fand keinen Platz mehr im Alten, vor dem Ausguck wuchs eine hohe Herrschaftsmauer empor. Der letzte Rest der Erde verschwand, in Blants Spiegelstücken standen jetzt fünf Küchenfenster in einer Säule nebeneinander. Aber das Gebäude hatte die Eigenschaft, daß seine Rückseite die Vormittagssonne auffing und sie in dem Spiegelstücken wiedergab; und fünf Mädchenkammerfenster konnte Blant öffnen, wenn eines der Fenster so weit zurückgeschlagen wurde, daß es von der Brandmauer loskam. Dann leuchtete auch ein nackter, dracker Arm auf und fing das Fenster wieder ein; er kam und ging wie der Blitz und ließ sich zur Not mit einem Sonnenstrahl verwecheln.

Aber alles in allem hatte das nichts zu bedeuten. Das Spiegelstücken fiel eines Tages um, und Blant ließ es liegen; er hatte keine Verwendung mehr dafür. Er hatte durchschaut, wie es mit den sterrenden Mauern zusammenhing; nun hielt er seine Augen zurück und übte sich darin, quer durch das Ganze zu blicken.

Er wußte jetzt mehr als je, und sein Wissen ward ihm leichter zuteil; wenn die Rückenwärme wie drei graue Schattengänger über den drei Rehrückstufen wogten, dann wußte er, daß es stille, fruchtbare Bitterung war. Vom Liegen an der feuchten Wand hatte er sich Rheumatismus geholt, und er spürte es deutlich, wenn draußen der gute Freund der Glast, der Nordwind, am Werke war. Und wenn ein garstiger Geruch den Rehrückstufen entstieg, dann nahte der Sommer — der Geruch war geradezu willkommen, weil er den Sonnenchein in ihm zum Leben erweckte. Sommer zahlreicher wurden die Kennzeichen; zuletzt waren ihrer so viele, daß unaufhörlich Sommer in ihm war; er hatte seine Lust zur Phantasie gewonnen und konnte die Sonne herborzaubern, wann er nur wollte.

Er pfliff jetzt nie mehr, bedurfte dessen nicht. Die Stille hatte Bedeutung für ihn gewonnen, und schweigend sah er

über seiner Arbeit, mit leerem, lauschendem Ausdruck. Aus der Leere vor seinem Blick wuchsen neue Welten empor, so daß er nichts entbehrte. Sein Gesichtsmuskel verhielt sich seltsam unbeholfen gegenüber äußeren Dingen, die öde Mauer hatte das Sehvermögen geschwächt; Leute, die ihm in die Augen saßen, hielten ihn für verrückt und wichen ihm aus. Aber nach innen sah er vortrefflich, er fand alles in sich selbst.

Allmählich hatte er mancherlei eingeblüht von dem, was andere aufrechterhält. Für sich selbst verlangte er nichts, und doch hielt er sich für einen vermögenden Mann. Aber alle Leute um ihn taten ihm leid. „Sie sind eingemauert“, sagte er zu sich selbst und schüttelte traurig den Kopf. „Die Sonne kann ja nie auf sie scheinen.“ Es fiel ihm nie ein, daß er selbst in der gleichen Lage war. Er hatte alles von sich geschoben — Wünsche und Bedürfnisse — und geliebt war ihm als Anteil einzig und allein ein warmendes Gefühl, die Teilnahme an dem Geschick aller derer, die unter dem Schatten der brüdenen grauen Mauern litten. Er allein erlitt, woher das Uebel kamme — daher nannte man ihn verrückt, das wußte er wohl. Die anderen glaubten, daß es die Mauern seien, und sie schimpften über sie. Blant aber kannte das Geheimnis, er allein! Darum lächelte er so eigentümlich.

Wenn dieses Gefühl sehr hart in ihm wurde, dann ließ er die Arbeit ruhen, und seine Finger tasteten über den Streichstahl hin. Alter Aberglaube haßte dem Instrument an. So manchem seiner Vorgänger im Handwerk hatte es geholfen und Schutz gebracht; die Spitze des Streichstahls hielt, wenn man sie richtig bremte, das Böse ab und rief das Glück ins Haus. Blant selber glaubte nicht an bergleichen; er bekam den Streichstahl sozusagen zwischen die Finger, ohne zu wissen, was er damit anfangen sollte; es war eine Handlung ohne Sinn. In seiner Not begann er, den Streichstahl spitz zu feilen; das war schließlich die einzige Beschäftigung, die seiner Seele Ruhe gab. Es kam ihm selber als müßiger Zeitvertreib vor, und er schlug zornig nach dem Stahl, wenn die Ranie ihn packte; und doch konnte er's nicht unterlassen.

Eines Tages wurde Blant und den anderen Bewohnern des alten Forstgebäudes gekündigt. Das Haus war jetzt ganz von Kasernen eingeschlossen und sollte niedergegriffen werden, um einem modernen Bau Platz zu machen.

Selbstmertweise hatte Blant nie an diese Möglichkeit gedacht. Wenn er eines Morgens erwacht wäre und entdeckt hätte, daß die sterrenden Mauern wieder in die Erde gesunken seien, so hätte ihn das ganz und gar nicht in Erstaunen versetzt; es wäre ihm nur recht und billig erschienen. Daß aber der alte Kasern hier aus dem Wege geräumt werden

sollte, um einer Kaserne Platz zu machen, das konnte er nicht in den Kopf bekommen. Es war, als würde die Welt selber weggesprengt, damit Platz für noch mehr Einfälle geschaffen würd; das hieß, alle Begriffe auf den Kopf stellen.

Aber Blant sah sehr wohl, was dahinter steckte. Jetzt war der Großhändler so aufgeblasen, daß er sich nicht mehr damit begnügen konnte, die Leute einzusperrn — sie mußten aus dem Wege geräumt werden, um für ihn selber Platz zu schaffen.

Blant zog seinen besten Anzug an, steckte den spitzen Streichstahl unter die Jacke und ging hinüber und klingelte an der Tür des Großhändlers. Sein Blick war in der letzten Zeit seltsam unfröhlich geworden, so daß die Leute Angst vor ihm bekamen.

„Es ist der verrückte Schuhmacher“, hörte er das Mädchen im Zimmer sagen.

Nun kam der Großhändler selber herausgestürzt und harrte ihn verwundert an.

„Es handelt sich bloß um die Kündigungen“, stammelte Blant und trat ins Haus.

„Ja, was zum Kukud ist denn mit den Kündigungen? Meinen Sie vielleicht, daß sie nicht gesetzlich zulässig sind?“

„Doch, aber — du bist zu aufgeblasen — du wirst zu dick, du — und die anderen können keine Luft kriegen. Und jetzt werde ich dich aufspielen, damit die Luft heraus kann —“, sagte Blant höfweise und setzte ihm den Streichstahl auf den Bauch.

Schuhmacher Blant kam ins Gefängnis, aber sein Gehanengang war zu sonderbar, als daß es Zweck gehabt hätte, ihn dort zu behalten. Wenn jemand eine Brandmauer mit einem dicken Großhändler verwechselt, so war das zu geistes-schwach, und so einen Menschen konnte man nicht auf die Dauer als denkendes Wesen behandeln, man konnte ihn nicht an den normalen Gütern der Gesellschaft teilhaben lassen. Schnell wurde er in eine Irrenanstalt gebracht.

Dort sitzt er augenblicklich, und er glaubt, die Mauern mit seinem Streichstahl gesprengt zu haben. Die Tiefe hat sich ihm offenbart; er sieht den großen Zusammenhang und hängt sich nicht an gleichgültige Kleinigkeiten. Darum behält man ihn dauernd in der Anstalt.

Zuweilen hat er seine rechten Augenblicke, dann schöpft er seine Gedanken aus dem großen gemeinsamen Zuber. Und zu solchen Zeiten erörtert man, ob man ihn wieder der Gesellschaft übergeben solle. Aber glücklicherweise fragt er dann auf einmal, ob die Sonne jetzt auf den alten Kasern scheinen könne, oder man glaubt, daß er den Großhändler noch etwam abfahren wolle.

seiner Person eingenommen, daß er sich berufen fühlt, sich in einem Atemzuge mit Paul Levi und Tannig zu nennen. Wir sind der festen Überzeugung, daß Levi und seine Arbeitsgemeinschaft sich für einen Gruschwitz bedanken werden. Bei aller grundsätzlichen und tatsächlichen Verschiedenheit, die uns von der Levi-Gruppe trennt, sprechen wir ihnen doch nicht ab — Ehrlichkeit.

Wenn Gruschwitz jetzt, nachdem er vor 8 Tagen noch der stammdichte Verteidiger der Haltung der Zentrale während und nach der Märzaktion war, davon spricht, daß die Breslauer Ortsgruppe nur noch aus anarchistisch-syndikalistischen Elementen bestehe, dann müssen wir annehmen, daß dieser faulere Gruschwitz, der seine Gesinnung wechselt wie ein schmutziges Hemd, nur des Verdienstes wegen bei der SPD war.

Wir erinnern nur daran, wie dieser Held nur deshalb aus der SPD austrat, weil er, der erst lange nach dem Novembersturm zur Arbeiterschaft kam, weil er nicht auf die Liste der Stadtverordneten kam. Er wechselte zur USP unter der Bedingung, daß er als erster auf die Stadtkasse kam.

Er wechselte zur KPD, weil er sah, daß die Masse der Mitglieder und die „Posten“ mit herüberkamen. Da sich seine Unfähigkeit, im Interesse der Partei zu arbeiten, seine schrankenlose Eitelkeit und Selbstüberhebung immer mehr herausstellte, wurde er fastgestellt.

Wenn dieser Gruschwitz der „Freien Meinung“ zugerechnet, daß die Partei in Breslau von 4000 auf 300 Mitglieder herabgesunken ist, dann stellen wir fest, daß diese 4000 Mitglieder nur in dem unklaren Sinn des sich selbst beisehräuchernden „Selben von Breslau“ bestanden. Wir geben zu, daß unsere Partei auf Grund der Polizeiverfolgungen sehr gelitten hat. Es ist dies ja gar nicht verwunderlich, wenn 60-70 Ortsgruppenleiter der Partei monatelang inhaftiert sind. Auch die Breslauer Ortsgruppe hat gelitten, besonders durch die Lockspitzereien des Herrn Lutz und nicht zuletzt deshalb, weil Gruschwitz und Ziegler es nicht verstanden haben, die uns zuströmenden Massen reiflos zu halten und zu schulen. Es genügt nicht, daß man durch den Novembersturm etwas aufgerüttelt eine Gramophonplatte in seinen Kopf setzt, ohne die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu kennen und den Weg, den diese auf Grund der geschichtlichen Entwicklung gehen muß.

Jedenfalls gratulieren wir der „Wochenschrift für Kultur und Politik“ für ihren uneigennütigen neuen Mitarbeiter aufs herzlichste.

Die Steuerhölle im ersten Halbjahr.

Herrn Dr. Birchs Mühlen mahlen langsam, aber sie mahlen sicher. Das zeigt der Finanzausweis für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September. Ohne viel Garm und großes Aufsehen ist den Arbeitern ein Groschen nach dem andern entzogen worden, um dem bankrotten Staat wieder auf die Beine zu helfen, um dem „Volk“ seine Sippe, Reichswehr und seine Heuter zu erhalten, um die Taschen der Kriegsgewinnler für ihre selbstlose Hingabe von Anleihen usw. zu füllen. Nach der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 751 betragen vom 1. April 1921 bis 30. September 1921:

die allgemeinen Verwaltungsausgaben	45,60 Milliarden M.
die Zinsen für Anleihen usw.	10,50 „
die Zuschüsse für Post u. Eisenbahn	8,40 „
Zusammen	64,50 Milliarden M.

An Einnahmen ergab sich demgegenüber:

aus Zöllen und Steuern	20,47 Milliarden M.
aus Neuaufnahm. v. schwebend. Schulden	44,07 „
Zusammen	64,54 Milliarden M.

Vorantrag für das Jahr 1921: 43,3 Milliarden Mark.

Daß die Unternehmer von den bisherigen Lasten sehr wenig verspürt haben, zeigen die glänzenden Geschäftsergebnisse aller Gesellschaften. Es ist den Kapitalisten trotz des flauen Geschäftsganges im verflochtenen Halbjahre gelungen, die Steuern fast reiflos auf Verbraucher und Arbeiter abzuwälzen. Wie schwer dagegen der Steuerdruck auf den Arbeitern und Angestellten lastet, geht aus allen Orten immer wieder ausstehenden Streitwällen hervor. Daß die Arbeiterschaft den ersten Waffengang des Steuerkampfes verloren hat, ist einerseits Schuld der Gewerkschaften, die bis heute noch nicht die einzelnen Teil- und Abwehrkämpfe der Arbeiter zusammengefaßt haben, zum andern Schuld der SPD und USPD, die durch die Zeitnahme und Umorientierung an der Regierung diese Steuerpolitik gebilligt und mitgemacht haben, ohne reale Sicherungen zu fordern, die das Proletariat vor diesen Belastungen wirklich schützen konnten. Im kommenden Halbjahr wird und muß die Steuerhölle noch schärfer angezogen werden, die Arbeiterschaft wird noch mehr bluten müssen, wenn sie sich nicht geschlossen gegen die Bourgeoisie und ihre Regierung zur Wehr setzt.

Beendigung des Buchbinderstreiks. Nachdem am 28. September die Buchbinder in den Buchbindereien Breslaus die Arbeit niedergelegt hatten, um über den Reichstaxi hinauszugehen, sind die Forderungen durchzusetzen, und dieser Streik dann auch auf die reinen Buchbinder ausgedehnt worden war, haben am Sonnabend nach vorausgegangener Sühnungsausführung die Buchbinderpersonalen in Breslau die Arbeit zu den reichstaxiartigen Bedingungen wieder aufgenommen.

Aus der Provinz.

Die Kommunisten im Hungerstreik.

Zu der Nr. 226 vom 8. Oktober brachten wir ein Schreiben der im Untersuchungsgefängnis sitzenden Genossen, wozu sie gewillt waren, am 14. Oktober in den Hungerstreik zu treten. Inzwischen hat die SPD versucht, die Parteimitglieder mobil zu machen. Die Partei ist noch an das Gewerkschaftsstatut herangehen, damit die gesamte Arbeiterschaft Stellung nimmt gegen das brutale Verhalten der deutschen Justiz.

Im nächsten wird in einigen Tagen die Sache im Plenum behandelt, wozu der Justizminister nichts gehen hat. Das Breslauer Gewerkschaftsstatut hat sich noch erlösen für und für noch immer nicht erfüllt, irgend etwas zu tun.

Unsere Gefangenen, die Genossen Klein, Schaper, Siebel, Kranz, Müller, Dellner und Sauerbrunn haben nun beschlossen, nicht länger zu warten, und sind am Montag, den 17. Oktober, in den Hungerstreik eingetreten.

Arbeiter, Genossen! Unsere Genossen werden elend vertrieben, wenn nicht die gesamte Arbeiterschaft in großen Versammlungen, Demonstrationen gegen Stellung

nimmt und gewillt ist, zur Befreiung dieses Justizstandards die schärfste Waffe anzuwenden.

Deshalb Berg-, Metall-, Textilarbeiter und Arbeiterinnen, Ihr Arbeiter alle verlangt die Freilassung der verhafteten Revolutionäre.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter! Erkennt Euch der Leiden, die Eure Vorläufer erlitten haben während des Sozialistengesetzes. Erkennt, daß die Reaktion noch nicht endgültig geschlagen ist, daß eine Zeit kommen kann, wo auch Ihr wieder hinter Kerkermauern sitzen könnt. Lebt Solidarität!

Das Breslauer Gericht und das Gefängnis ist mit Sipo besetzt. Eine große Zahl anderer politischer Gefangener, die sich von den Verbrechen der Orgesch abgewandt haben und daraufhin von der monarchistischen Justiz eingesperrt wurden, haben sich dem Hungerstreik angeschlossen.

Wir denken nicht daran, der von reaktionären Offizieren geführten Sipo in die Maschinengewehre zu laufen. Durch den Aufmarsch der Massen, durch die Anwendung des Generalstreiks müssen wir Ernst machen mit der

Befreiung der politischen Gefangenen!

Wer den Sieg will

in dem großen Kampfe zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, in der Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat,

Der muß kämpfen!

Keine Harmonie von Kapital und Arbeit kann das Proletariat aus Elend und Knechtschaft befreien. Nur der Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft und ihren politischen Staat, der rücksichtslose Klassenkampf, kann der Arbeiterklasse Befreiung bringen.

Wer kämpfen will, braucht Waffen!

Eine dieser Waffen ist ein Organ, das sorgfältig die Arbeiterklasse über die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge unterrichtet und unsere Genossen mit Material gegen die Feinde der Arbeiterklasse versieht. Wer diese Waffe besitzt und sie zu gebrauchen versteht, kann unendlich viel für das Gelingen unseres Kampfes beitragen.

Diese Waffe ist die „Schles. Arbeiter-Zeitung“

Die Eisenbahner Schlesiens kampfbereit!

Die Bezirksleitung Schlesiens und Ortsverwaltung Breslau, des Deutschen Eisenbahnerverbandes schreibt uns folgendes:

Die rücksichtslose Anwendung der Goslerer Ausführungsbestimmungen, die eine einseitige Anlegung und Entrechnung des Tarifvertrages im Sinne der Verwaltung und eine Verschärfung des Betriebsstrafgesetzes bedeuten, und die strikte Durchführung der Dienstbauer-Vorschriften, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 14 Stunden für das Bahnhofs-Überwachungs- und Fahrpersonal mit sich bringt, ohne Hinzurechnung der Beamten- und Arbeiterverteilung, hat eine ungeheure Erregung unter den Eisenbahnern hervorgerufen. Es kommt noch hinzu die ungerechte, mit großen Härten bestehende Ortsklassen-Einteilung und die ungleiche Entlohnung der Betriebsarbeiter gegenüber den Werkstattarbeitern.

Wir fragen an, wie sieht es mit der neuen Ortsklassen-Einteilung der Beamten und Arbeiter?

Das provozierende Verhalten und die Entrechnung der Betriebsbetriebsräte durch die Eisenbahndirektion Breslau, die der örtlichen Betriebsräte durch die Dienstverteilung, die jebiel Erploiswofsi unter den Eisenbahnern erzeugt, daß, wenn nicht schnell Abhilfe geschieht, dieser sich entladen wird.

Wir fragen die Eisenbahndirektion Breslau an, ob sie es verantworten kann, in einer Zeit der politischen Hochspannung durch derartige Maßnahmen das Eisenbahnerpersonal noch mehr aufzureizen?

Die Organisationsvertreter erheben nochmals in letzter Stunde ihre warnende Stimme an die Eisenbahndirektion Breslau und lehnen jede Verantwortung für die kommenden Ereignisse ab.

Da die Eisenbahndirektion aber den Konflikt auf die Spitze treiben, dann rufen wir ihr zu: „Die Eisenbahner Schlesiens stehen zur Abwehr geschlossen und kampfbereit!“

Was muß geschehen?

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Die deutsche Arbeiterschaft steht zur Zeit vor einer folgenschweren Entscheidung. Es handelt sich für uns darum, ob wir die kapitalistische Ausbeutung als Dauerzustand für immer und alle Zeiten auf uns nehmen wollen, oder ob wir in der gegenwärtigen Hoffnungslosigkeit unseres Daseins in der gegenwärtigen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung Hand anlegen wollen, die bankrotte kapitalistische Welt zu stürzen und an deren Stelle die sozialistische Produktion, die Arbeit aller für die Allgemeinheit einzusetzen.

Wir Arbeiter, gleich welcher politischen Richtung wir auch angehören, erkennen folgendes: Seit Ausbruch der Revolution vermag die kapitalistische Gesellschaft durch engen und strengen Zusammenhalt ihrer wirtschaftlichen Kräfte, jener durch Dienstbarmachung der militärischen und politischen Gewalt-

mittel, die Arbeiterschaft von neuem zu widerlosen Ausbeutungsobjekten herabzuwürdigen. Die Reaktion, geschwächt durch den in ihrem Schoße geborenen Weltkrieg, erhofft von diesem Vorgehen die Wiederherstellung und dauernde Sicherung ihrer Macht. Diese Gesellschaft hat die von jeder bestehenden Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu reinen Machtkämpfen auszuwaschen lassen; vor dieser Tatsache stehen wir heute und müssen kämpfen für den Bestand unserer proletarischen Klasse.

Alles das haben wir Arbeiter erkannt und waren auf dem besten Wege, durch Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte die Schläge der Reaktion zu parieren. Arbeitsbrüder, was geschah da ganz plötzlich?

In einer Situation, wo die Reaktion versucht, uns Proletariern die letzten Reste der Revolution zu entreißen, im selben verhängnisvollen Augenblicke beschließen die Führer entgegen ihren Mitgliedern mit dem Tode der Republik und des Sozialismus, der Deutschen Volkspartei, eine Regierungskoalition einzugehen. Wir wissen sehr gut, daß dieser verräterische Beschluß in seiner praktischen Auswirkung ein furchtbarer Schlag gegen das gesamte Proletariat ist. Dazu müssen wir Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, Stellung nehmen, wir müssen die Führer der SPD, welche die lebendige Verbindung mit den arbeitenden Schichten verloren haben, und die gewillt sind, diesen Führer Beschluß zu verwirklichen, von der Einheitsfront des Proletariats isolieren.

Wir Arbeiter sind der Ansicht, daß wir den schon jahrelang gepredigten marxistischen Klassenkampfstandpunkt aufrechterhalten, und daß wir Proletariern unseren Weg gehen müssen, aus der Erkenntnis unserer geistigen und materiellen Not uns zu befreien suchen über die Köpfe solcher professionellen Führer hinweg mit der Aussicht auf Verwirklichung des Sozialismus, eine bessere Zukunft, eine höhere Kulturform zu schaffen.

Arbeitsgenossen, wir haben zu entscheiden, ob wir diese Arbeit leisten wollen, als freie, ihrer eigenen Kraft bewußten Menschen den Weg zur Freiheit zu ebnen, den wir gehen wollen, gemeinsam mit allen Klassenbewußten Freiheitskämpfern. In der Vereinigung liegt die Stärke der Schwachen.

Weißwasser. Sport vom Sonntag. Am Sonntag fanden hier zahlreiche, mit großer Spannung erwartete Fußballkämpfe statt. In der ersten Spielklasse gewann Tschernitz 1 gegen M. T. B. 1 mit 4:1. Die 1. Jugendmannschaft des M. T. B. gewann gegen A. T. B. 1 Jugend mit 9:1. In der Sonderklasse war das Ergebnis M. T. B. 2 gegen A. T. B. 2 mit 4:2 für M. T. B. Der spannendste Kampf des Tages ging vor einer großen Zuschauermenge vor sich und brachte der 1. Mannschaft des M. T. B. einen Sieg gegen A. T. B. 1 mit 6:3. Somit sind sämtliche Spiele des Tages für M. T. B. entschieden.

Finkertwalde. Streik. Sämtliche Holzarbeiter sind am 15. Oktober in den Ausstand getreten. Zugang ist ferngehalten.

Genstenberg. Proletariatslos. Der Arbeiter Billy Bürger von hier geriet auf der Grube Friedrich Ernst beim Abkuppeln einer Maschine zwischen die Räder. Er wurde schwer verletzt und starb im Krankenhaus.

Fors. R. 2. Kriegsbefähigte. Wie sieht die Sicherstellung und der Dank des Vaterlandes für die Kriegsbefähigten aus? Seit 1 1/2 Jahren sind wir Kriegsbefähigte bereits auf das neue RWG verdrängt worden, wenn wir Befreiung aus unserer trostlosen Lage fordern. Das neue Gesetz ist im wesentlichen mit all den von uns bekämpften Mängeln und Härten in Vollzug gesetzt. Zu einer gründlichen Beratung im Parlament fehlte die Zeit, weil man angeblich den Kriegsbefähigten bergab auf die neuen Rentenätze, die Neufestsetzungsarbeiten werden aller Wahrscheinlichkeit auch nach der Übertragung auf die Versorgungsämter mehr als ein Jahr erfordern. Inzwischen ist eine Brot- und Kohlenverteilung eingetreten. Die ungeheuerlichen Steuerpläne der Regierung bringen eine Verschlimmerung der Lebenslage; uns Kriegsbefähigten in einer Weise, die alles bisher Erlebte weit übertrifft. Dazu kommt die Unanerkennung, die Herabsetzung der Rente, die ja jetzt glänzend vorflakt geht, indem wir Kriegsbefähigten im Durchschnitt 35 Prozent von unserer Rente gekürzt bekommen. Es würde nicht geschehen können, wenn in dem vortrefflichen neuen RWG von 1920 die Kürzungsbestimmungen (§§ 63 und 64) der Klassenbestimmungen des Gesetzes (§ 28) nicht vorhanden wären.

Zu diesen Kürzungsbestimmungen kommt noch die Liebenswürdigkeit des Herrn Ministerialdirektors Kerscheneiner im Reichsarbeitsministerium hinzu, daß höchstwahrscheinlich ein 10 bis 15 Proz. belaufender Betrag zu den Renten bis zum 31. März 1922 bei Schwerbeschädigten und Kriegserwitwen auch ohne Kinder bewilligt werden soll. Wie sieht die Zulage der Leichtbeschädigten aus? Unterdrückung und Abweisung ist das Los. „Seid zufrieden, daß Ihr mit dieser Rente noch bedacht werdet, Ihr könnt auf Eure Rente verzichten, dann habt Ihr ein gutes Werk für Euer Vaterland getan.“ So sieht der Dank des Vaterlandes für die Leichtbeschädigten aus, in deren Prozentsatz sich auch Schwerbeschädigte nach der Unanerkennung befinden.

Kriegsbefähigte des Weltkrieges! Schließen wir uns zusammen zu einer einheitslichen Front, damit wir das erlangen, was uns gebührt. Keiner darf zurückbleiben! Rühmt die Taten und Tugenden! Belehrt die Indifferenten! Finanz aus dieser Situation! Als Kriegsoffer wollen wir behandelt werden. Ein Kriegsbefähigter.

Veranstaltungskalender.

Alle Genossen, die als Mitglieder der Metallarbeiter-Bezirkskonferenz am Sonntag nach Breslau kommen, treffen sich vorher, erst am Sonnabend, im Parteibüro. Gewisser Termin wird in der nächsten Nr. bekanntgegeben. Bezirksleitung.

Zeltgarten

Englisch 7 1/2 Uhr.
Das Programm
Varietè-Programm

Schauspielhaus.

Operettenabende. Tel. Ring 255
Montag und täglich 7 1/2 Uhr.
Der Opernball.

Dienstag u. Freitag 7 1/2 Uhr.

Das Holzweltchen.

Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr.

Die Fledermaus.

Für Nerven-Krankel

Kopfschmerz, Migräne, Eifer- und Barriere, auch vererbte Leiden heilt sich unter Garantie mit meinem vielbewährten Heilmittel in 8 bis 14 Tagen.
Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilmittel-Bremer, Große Krammstraße 23, Spandauerbrücke 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Möbel für Art

zu streng soliden Preisen
L. ROBERT, (Luisenpark 1)

Sie bestelle hiermit — Exemplar der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Organ der kommunistischen Partei Deutschlands.
(Stamm der kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.
Abonnementpreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.
Name: _____
Beruf: _____
Ort: _____
Straße und Hausnummer: _____
Bestellungen nimmt jedes Postamt sowie die Expedition entgegen.